



Lichterfelder (Wikimedia Commons, GNU Free Documentation License)

DIE BÜRGERWUT IM KREISTAG?

Bei den brandenburgischen Kommunalwahlen am 26. Mai 2019 treten mehrere Parteien an, die politisch rechts von der Union positioniert sind. Für insgesamt über 1.000 Mandate bewerben sich Kandidat*innen auf den Listen von AfD, NPD und den Republikanern. Das vorliegende Papier wertet diese Wahlantritte statistisch aus und setzt sie in Bezug zu den vorangegangenen Kommunalwahlen. Programmatische Papiere der – quantitativ und in ihrem Lager politisch dominierenden – AfD werden analysiert und stichprobenartig biografische Hintergründe und politische Positionen ihrer Kandidat*innen herausgearbeitet. Die aktuellen Wahlantritte von rechts werden in Bezug gesetzt zur jüngeren politwissenschaftlichen Diskussion um Kommunalpolitik und Beteiligung. Insbesondere interessiert die Frage, ob die Kandidat*innen der AfD – einer Partei, welche die Forderung nach direkter Demokratie immer wieder explizit erhebt – zu einer Belebung kommunalpolitischer Beteiligung beitragen und demokratische Repräsentationslücken schließen können.

Politische Partizipation auf kommunaler Ebene hat in den drei Jahrzehnten, in denen das Bundesland Brandenburg existiert, einige Wandlungsprozesse durchlaufen. Die Forschung sieht die alte Bundesrepublik bis 1989 durch die Ausweitung klassischer repräsentativer Beteiligungsformen geprägt, in denen Parteien eine zentrale Rolle zukam. An dieser ersten Beteiligungswelle konnten die Kommunen der damaligen DDR keinen Anteil nehmen. In einer zweiten Beteiligungswelle seit 1990 wurden, auch als Ergebnis der „friedlichen Revolution“ 1989/90, direktdemokratische Elemente massiv gestärkt. Erweiterte Nutzung digitaler Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten prägte die dritte Beteiligungswelle in den 2000ern. Für die letzten zehn Jahre ist bundesweit eine neue „Beteiligungswelle“ konstatiert worden, die jüngst mit der Bezeichnung „Wutbürgertum“ charakterisiert wurde (Bauer/Hajasch 2017, S. 16; Wagner 2019, S. 17 f.).¹

¹ Bibliografische Nachweise zu Literatur und Quellen sind auf www.mmz-potsdam.de hinterlegt.

STEIGENDE FRAGMENTIERUNG DER KOMMUNALPOLITIK

Für die ostdeutschen Länder könnte sich als Konsequenz dieser Prozesse ein Bruch mit dem „Ideal der ‚widerspruchsfreien Gemeinschaft‘“, dem geringen „Grad der Parteipolitisation“ in der Kommunalpolitik und den „konsensual exekutiven Entscheidungsmustern“ abzeichnen, die das hier bislang dominante Modell einer „exekutiven Führerschaft“ begünstigen (Bogumil/Holtkamp 2006, S. 42). Die positiven Erfahrungen mit konsensorientierter Kommunalpolitik, die in Brandenburg unter anderem im Rahmen der „Runden Tische“ 1989/90 gemacht wurden, sollen nicht negiert werden. Allerdings könnte eine stärkere Institutionalisierung von Interessenkonflikten in Form von Parteien und Wählergruppen und eine erweiterte Partizipation bislang unterrepräsentierter Bevölkerungsgruppen auch auf kommunaler Ebene belebend für die pluralistische Demokratie wirken. Hier besteht indes – verstärkt seit dem Wegfall von Sperrklauseln – die Gefahr, Tendenzen der politischen Fragmentierung kommunaler Vertretungskörperschaften zu verstärken, die ohnehin in den ostdeutschen Ländern ausgeprägter sind als in den Altbundesländern. Das hat zwiespältige Effekte:

„Je zerklüfteter die gewählten Ratsvertretungen aus dem Ergebnis von Wahlen hervorgehen, desto breiter ist die Vielfalt der Gruppierungen und Interessen, die sie im Gemeindeparlament abbilden. Von der Idee demokratischer Repräsentation her ist dies zu begrüßen. Jedoch kann das zur Folge haben, dass die Entscheidungsfähigkeit der Ratskollegien abnimmt [...] Die Risiken einer eingeschränkten ‚Regierbarkeit‘ der Kommunen dürften sich noch erhöhen, wenn unter den Ratsneulingen in größerem Ausmaß Protestgruppen oder Anti-Parteien-Parteien auftauchen würden“ (Holtmann/Rademacher/Reiser 2017, S. 80 f.)

Letztere Bemerkung verweist auf den Umstand, dass sich das „Wutbürgertum“ bislang in Brandenburg und den übr-

gen ostdeutschen Ländern auf kommunaler Ebene in einer markanten Zunahme von Mandaten niedergeschlagen hat, deren Träger*innen rechts von der Union, nicht selten im offen rechtsextremen Bereich, zu verorten sind. Eine Ausweitung dieser Mandate im Rahmen der Kommunalwahlen 2019 kann als sicher gelten. Über die verbreitete Parteinkepsis und Sympathie für direktdemokratische Verfahren hinaus bringen Rechtsaußen-Gruppierungen regelmäßig ihren Hang zu Politik- und Gesellschaftsmodellen zum Ausdruck, welche mit „zentralen Elementen der repräsentativen, parlamentarischen Demokratie im Sinne des Grundgesetzes in Spannung“ stehen (Botsch 2017, S. 71) oder sie sogar verwerfen. Zudem richtet sich die „Wut“ der „Wutbürger“ – ein Typus, der ursprünglich zuerst am Beispiel der seit 2009 lokalpolitisch mobilisierten Proteste gegen das Großprojekt „Stuttgart 21“ konstruiert wurde – in der Zwischenzeit in der Regel nicht mehr gegen lokale Entscheidungen und Machtverhältnisse. Vielmehr finden sie die Objekte ihrer Wut auf der Bundes-, Europa- und globalen Ebene. Gewählt werden indes am 26. Mai 2019 Vertreter*innen für kommunale Gremien, die auf lokaler Ebene manches, bei den „großen“ Fragen aber fast nichts bewegen können.

Dabei ist die Rolle der kommunalen Wahlgremien durchaus umstritten. Allzu hohen Erwartungen an die „Gemeinde als ‚Grundschule der Demokratie‘“ (Holtmann/Rademacher/Reiser 2017, S. 12) begegnet die empirische Forschung eher mit Skepsis. Die in den letzten drei Jahrzehnten wirksamen Veränderungen der Beteiligungsstrukturen haben überall in Deutschland die Bedeutung der kommunalen Repräsentativkörperschaften geschmälert, während direktdemokratische (Urwahl und Abwahl der Bürgermeister*innen) und plebiszitäre (Bürgerbegehren und Bürgerentscheide) Elemente gestärkt wurden. Entsprechende Reformen konnten angesichts der verbreiteten, auch historisch bedingten, in den ostdeutschen Ländern stärker ausgeprägten „Parlamentsverdrossenheit“ in der deutschen Bevölkerung (Fraenkel 2007) auf große Akzeptanz stoßen, obgleich sie die Spielräume für Partizipation auf kommunaler Ebene nicht immer erhöht haben. Bereits zu einem frühen Zeitpunkt wurde bilanziert, dass die Hoffnung, über direktdemokratische Instrumente „von der ‚Zuschauerdemokratie‘ zur ‚Teilnehmerdemokratie‘ voranzukommen“, nicht umgesetzt, eine „Erneuerung der Demokratie ‚von unten‘“ mithin nicht erreicht worden sei (Naßmacher 1997, S. 445).

Neben Fragmentierung und Stärkung des direkt gewählten Bürgermeisters in seiner Eigenschaft als Verwaltungsspitze hat auch das an „Kunden“ statt an Bürger*innen orientierte Neue Steuerungsmodell die Bedeutung der Verwaltung gegenüber den Wahlgremien gesteigert. Demgegenüber konnten Bürgerhaushalte und -kommunen sowie weitere „Formen kooperativer Demokratie“ (Bogumil/Holtkamp 2006, S. 114 ff.) bislang nicht die erhofften Demokratisierungsschübe auslösen. Immerhin hat die Landeshauptstadt Potsdam als Bürgerkommune mit der „strukturierten Bürgerbeteiligung“ (Kleger 2017) gute Erfahrungen gemacht,

IMPRESSUM

Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle
Antisemitismus und Rechtsextremismus

Herausgeber:

Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien
Am Neuen Markt 8, 14467 Potsdam

Telefon: (0331) 28 09 40

moses@mmz.uni-potsdam.de

www.mmz-potsdam.de

Fotos: MMZ Potsdam

Druck: PinguinDruck, Berlin

ISSN 2569-0906

und insgesamt bewerten die Bürger*innen die Qualität der lokalen Demokratie „in eher dialogorientierten und eher direktdemokratischen Gemeinden“ besser. (Wagner 2019, S. 301)

Welche Perspektiven neuer Beteiligungsformen sich darüber hinaus aus der jüngsten Beteiligungswelle ergeben, ob und wie sich die „Wut“ der „Wutbürger“ in kommunale Entscheidungsprozesse übersetzen lässt, ohne dabei wichtige Ziele menschenrechtsorientierter Politik – an vorderer Stelle eine geschlechtergerechte Repräsentation – und die schützenswerten Interessen gesellschaftlicher Minderheiten und schwach repräsentierter Gruppen aufzugeben, lässt sich derzeit noch nicht sagen. Zwar kann die „Aufwertung direktdemokratischer *Teilnahmerechte*“ als „Demokratiegewinn“ gesehen werden, ferner steigt die „technische Güte vieler Leistungsangebote“. Doch sind es im lokalen Rahmen nicht zuletzt die gewählten Körperschaften, die für „Chancengleichheit Sorge zu tragen“ haben. Wenn die „Einflussmacht dieses repräsentativen Organs beschnitten“ wird, schwächt dies auch dessen „anwaltliche Rolle“ beziehungsweise „soziale Ausgleichsfunktion“ (Holtmann/Rademacher/Reiser 2017, S. 72 ff. u. S. 179). Ungeachtet der großen „Wissenslücke im Hinblick auf soziale Merkmale“ (Egner/Heinelt 2016, S. 63) kommunaler Mandatsträger*innen ist zu erwarten, dass die Bereitschaft zu aktiver und passiver Wahl und damit die jeweilige politische Repräsentanz mit der Größe der Gemeinde ebenso abnimmt, wie mit der gesellschaftlichen Position. „Abgehängte“ oder prekarierte Sozialschichten in kleineren Gemeinden wären demnach in der Regel besonders schwach repräsentiert. All diese Prozesse und Tendenzen führen dazu, dass die künftige Bedeutung der kommunalen Repräsentativkörperschaften und Mandatsträger*innen im Flächenland Brandenburg unklar bleibt.

KANDIDAT*INNEN UND PROGRAMME

Es lohnt vor diesem Hintergrund, sich mit den Kandidat*innen der Parteien rechts von der Union etwas genauer zu beschäftigen. Mit unserer Untersuchung betreten wir dabei Neuland. Die Forschung zu Kommunalwahl-Kandidat*innen ist insgesamt schwach entwickelt; für unsere spezifische Fragestellung liegen kaum Materialien vor.² Zwar hat die kommunalpolitische Repräsentanz von Rechtsparteien, insbesondere der neonazistischen Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) und neuerdings der AfD, eine gewisse Aufmerksamkeit erzielt, dabei

handelte es sich aber überwiegend um Studien zum politischen Handeln bereits gewählter Repräsentant*innen.³

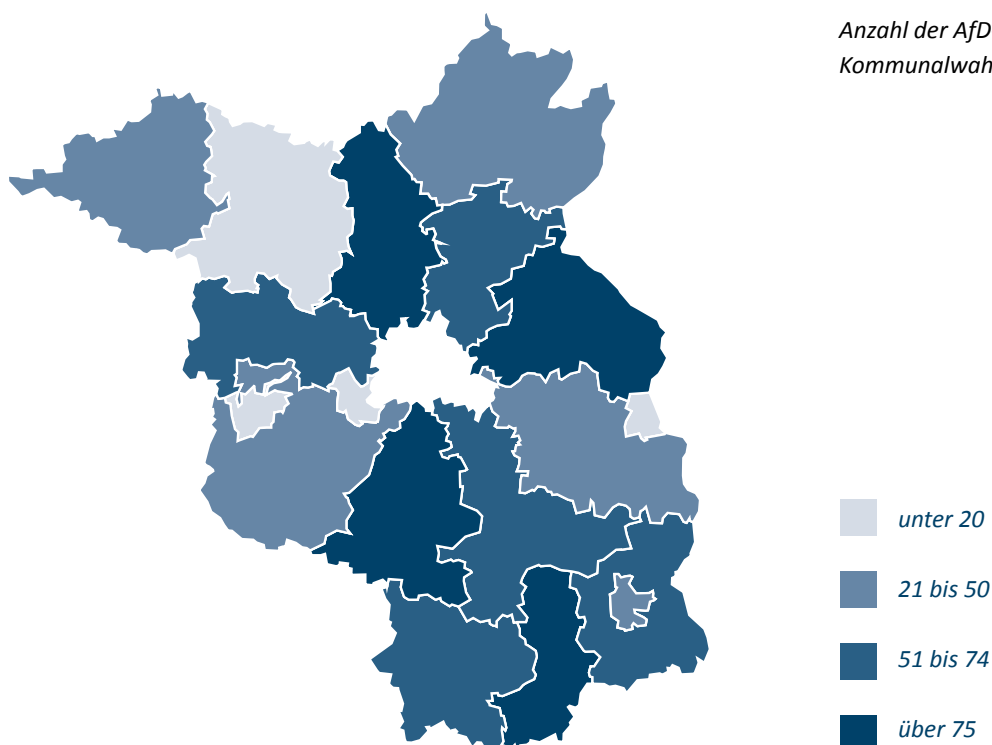
In der vorliegenden Studie fragen wir nach denjenigen, die sich erst zur Wahl stellen. Damit werden auch aussichtslose Kandidat*innen berücksichtigt, wobei deren Akzeptanz durch ihre Parteigremien oder Mitgliederversammlungen indes Aussagen über Stil, Inhalt und Strategie der Politik ihrer jeweiligen Parteien zulassen. Uns interessieren zunächst die regionale Verteilung und die soziologischen Merkmale und Auffälligkeiten der Rechtsaußen-Kandidat*innen, wobei ein Vergleich mit ihren Mitbewerber*innen auf Grundlage der vorhandenen Materialien kaum möglich ist. Darüber hinaus untersuchen wir Selbstdarstellung, Auftreten und programmatische Orientierungen der Parteien anhand von ausgewählten, aber typischen Beispielen. Die dominierende Rolle spielen dabei sowohl quantitativ als auch politisch die über 600 Personen, die für die AfD antreten; in geringerem Umfang die über 50 Personen, die auf Listen der NPD kandidieren; die Republikaner (REP) stellen nur in einem brandenburgischen Landkreis fünf Personen auf. Um die auch in vorangegangenen Studien der EJGF erörterte Frage nach dem rechtsextremen Charakter der brandenburgischen AfD weiter zu vertiefen, widmen wir uns einigen ausgewählten Kandidat*innen, die eine rechtsextreme Orientierung vermuten lassen – wofür je nach Einzelfall auch die politische Vergangenheit aussagekräftig sein kann. Dabei interessiert uns besonders, welches Verhältnis zu Demokratie, Verfassung und Menschenrechten in der AfD als akzeptabel betrachtet wird. Zur Einordnung der Programmatik haben wir alle greifbaren Kommunalwahlprogramme der AfD herangezogen. Von NPD und REP sind keine derartigen Programme bekannt. Neben einer allgemeinen Einordnung interessiert uns, mit welchen Instrumenten die AfD verspricht, demokratische Teilhabe auf kommunaler Ebene zu stärken.

Das zu Grunde gelegte Datenmaterial basiert auf einer umfassenden Auswertung der Kandidat*innenlisten für Brandenburg, welche die Kandidaturen der Parteien AfD, NPD und REP annähernd vollständig erfasst haben dürfte.⁴ Ergänzend wurden die Eigendarstellungen der Parteien, besonders ihre Präsenz im Internet herangezogen. Etliche Kandidat*innen der AfD stellten sich beispielsweise im Rahmen einer parallel angestrebten Nominierung für die Landtagswahlliste schriftlich und durch mündliche, im

² Für eine gute Zusammenfassung des Forschungsstands vgl. Holtmann 2009, zu den Ratskandidat*innen in der Nominierungs- und Wahlkampfphase sowie den Wahlen besonders S. 130 ff.

³ Vgl. für Brandenburg u.a. Kschenka/Müller 2010; Kschenka 2016; Hein 2018; für weitere Titel vgl. das Quellen- und Literaturverzeichnis.

⁴ Zu besonderem Dank verpflichtet sind wir Tilo Giesbers, der uns die Ergebnisse seiner eigenen Recherchen zur Verfügung stellte und uns bei den weiteren Recherchen unterstützt. Stichtag für die Recherche der Kandidaturen war der 18. April 2019. In wenigen Fällen (Amt Nennhausen, Amt Gransee, Bad Freienwalde, Barnim-Oderbruch, Leegebruch und Großräschen) lagen bis zu diesem Datum keine auswertbaren Angaben vor.



Livestream dokumentierte Stellungnahmen auf einem Landeswahlparteitag vom 4. bis 6. Januar 2019 in Rangsdorf selbst vor. Stichprobenartig wurde zu zahlreichen weiteren Kandidat*innen frei zugängliches Material aus dem Internet herangezogen, um eine Einschätzung des Profils der AfD-Kandidat*innen und über die Kommunikation bezüglich politisch und gesellschaftlich relevanter Themen in diesem Milieu gewinnen zu können. Dieses Material ist aussagekräftig, aber nicht repräsentativ.

STATISTISCHE AUSWERTUNG

Bei den brandenburgischen Kommunalwahlen am 26. Mai 2019 sind nach unseren Recherchen mindestens 11.164 Mandate zu vergeben, davon 938 in Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen der vier Kreisfreien Städte Brandenburg an der Havel, Cottbus, Frankfurt (Oder) und der Landeshauptstadt Potsdam, 5.900 in weiteren Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen und 4.326 in Ortsbeiräten. Neben den Europawahlen werden an diesem Wahlsonntag in zwei Städten hauptamtliche und in 270 Städten und Gemeinden ehrenamtliche Bürgermeister*innen, ferner zahlreiche Ortsvorsteher*innen neu gewählt. Diese Wahlen und Kandidaturen sind in der folgenden Darstellung nicht mitberücksichtigt, da sie sich allein auf die kommunalen Repräsentativkörperschaften konzentriert.

Die Rechtsaußen-Parteien bewerben sich mit über 1.000 Kandidaturen: Die AfD stellt 334 für die Kreise und

kreisfreien Städte, 485 für Stadtverordneten- und Gemeindevertretungen und 104 für Ortsbeiräte – zusammen 923 Kandidaturen. Die NPD kommt auf 87 Kandidaturen, darunter 50 auf Ebene der Kreise/kreisfreien Städte, 35 in den Städten und Gemeinden und nur zwei für Ortsbeiräte. Die REP stellen vier Kandidaturen für den Kreistag Havelland und fünf in Städten und Gemeinden dieses Kreises – zusammen neun. Da etliche Personen sich für mehrere Mandate bewerben, liegt die Anzahl der Kandidat*innen unter der der Kandidaturen: Bei der AfD sind es 615 – davon 85 Prozent Männer –, bei der NPD 55 – davon 87 Prozent Männer –, und bei den REP fünf – darunter nur eine Frau. Insgesamt mobilisiert die parteipolitische Rechte also 675 Personen, davon 85 Prozent Männer. Hier bleibt hinzuzufügen, dass im gesamten Land Brandenburg Kandidatinnen mit deutlich unter einem Drittel der Bewerber*innen unterrepräsentiert sind.⁵ Das Durchschnittsalter der vier Kandidaten und der Kandidatin der REP liegt bei 51,6 Jahren. Die AfD ist sogar noch „älter“: hier beträgt der Durchschnitt 52,7, wobei der jüngste Kandidat 19 Jahre alt ist, der älteste 83. Die NPD weist unter den Rechts-Parteien mit 40 Jahren den jüngsten Altersschnitt auf. Dem Alter nach liegen REP und AfD über dem Landesschnitt, die NPD darunter.

Die Anzahl der Kandidaturen der NPD ist gegenüber 2014 zurückgegangen: Bei der letzten Kommunalwahl

⁵ Der Frauenanteil der Kandidat*innen liegt auf Ebene der Kreistage und kreisfreien Städten insgesamt bei 27,8 Prozent, auf Ebene der Städte und Gemeinden bei 29 Prozent. Vgl. Landeswahlleiter (2019).

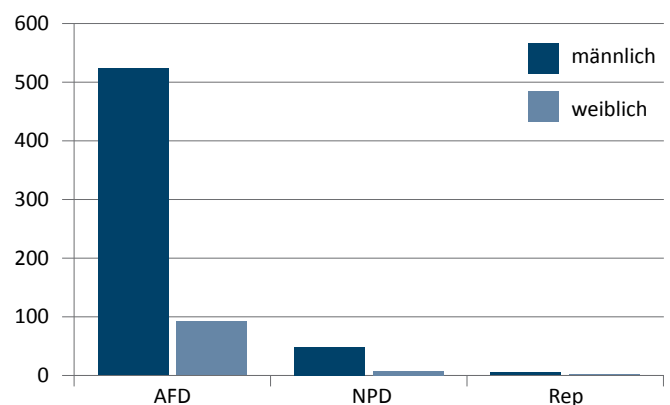
stellten sich 83 Personen für 122 Mandate zur Verfügung. Von den heutigen NPD-Kandidat*innen waren 25 schon 2014 für diese Partei angetreten. Die AfD hat ihre Zahl erwartungsgemäß ganz erheblich ausweiten können: 2014 kandidierten nur 153 Personen für 200 Mandate. Heute ist sie flächig im ganzen Land präsent. Nur 75 der damaligen Kandidat*innen treten heute wieder für die AfD an. 2014 erzielte sie 3,9 Prozent der Stimmen und gewann damit 88 Mandate, davon 39 in den Vertretungen der Kreise und kreisfreien Städte. Die NPD erhielt 2,2 Prozent, errang damit 51 Mandate, davon 20 in den Kreistagen und kreisfreien Städten. Die REP und die damals noch antretende Deutsche Soziale Union (DSU) konnten insgesamt jeweils drei Mandate gewinnen.

Bei ungefähr 1.600 Mitgliedern⁶ ist es dem AfD-Landesverband mithin gelungen, ungefähr ein Drittel für Kandidaturen zu mobilisieren. Auch wenn eine gewisse Anzahl parteiloser Personen für die AfD-Listen rekrutiert werden konnte, zeigt sich dennoch, dass es in der AfD-Mitgliedschaft ein hohes Interesse an eigenem Engagement gibt. Im Vergleich dazu kann die NPD – deren Mitgliederzahl laut Verfassungsschutzbericht 2018 bei 280 Personen liegt – nur jedes fünfte Mitglied zu einer Kandidatur mobilisieren. Für die erst kürzlich auf geringem Niveau revitalisierten REP, die im brandenburgischen Verfassungsschutzbericht keine Erwähnung finden, liegen keine Mitgliederzahlen vor.

Bezüglich der geographischen Verteilung der Kandidaturen ist zu berücksichtigen, dass in den vier kreisfreien Städten nur die Sitze der Stadtverordnetenversammlungen zu besetzen sind, so dass die Gesamtzahl der Kandidaturen hier trotz der höheren Bevölkerungsdichte geringer ausfällt als in den Kreisen, wo neben den Kreistagen auf zwei weiteren Ebenen Vertretungskörperschaften gewählt werden. Im Folgenden werden daher nur die Landkreise berücksichtigt.

Für die AfD fällt auf, dass die meisten Kandidaturen in Oberhavel erfolgen, gefolgt von den ebenfalls an Berlin angrenzenden, relativ bevölkerungsreichen Landkreisen Teltow-Fläming und Märkisch-Oderland. Die Schlusslichter in absoluten Zahlen sind die nordwestlichen Landkreise Ostprignitz-Ruppin und Prignitz. Die Landkreise im Südosten, die als Hochburg rechter Einstellungen und Organisationen im Land gelten, liegen im oberen Mittelfeld. Dieser Eindruck verändert sich, wenn man die Kandidaturen mit den Einwohnerzahlen ins Verhältnis setzt. Dann führt der Süden und Südosten die Liste an, in der Reihenfolge Oberspreewald-Lausitz, Teltow-Fläming, Elbe-Elster, Spree-Neiße – erst dann folgen die Landkreise Oberhavel, Dahme-Spreewald und Märkisch-Oderland. Prignitz, Potsdam-Mittelmark und Ostprignitz-Ruppin schließen die Liste ab. Für die NPD ergibt sich kein aussagefähiges Bild.

Über die politische Vorgeschichte der AfD-Kandidat*innen lassen sich keine statistisch belastbaren Angaben machen. Bei 76 Personen konnten wir ein vorangegangenes Engagement in einer politischen Partei, Wählergruppe oder als kommunale Einzelkandidat*innen feststellen. Darin ist nicht die dokumentierte SED-Mitgliedschaft von drei Kandidaten einbezogen. Besonders im Feld der rechten und rechtsextremen Parteien haben diese 76 Personen mitunter mehrere Vereinigungen durchlaufen. Berücksichtigt man Wechsel zwischen den Lagern, kommen wir auf eine Summe von 82 Fällen. Innerhalb dieser Gruppe stehen an erster Stelle 18 Fälle, bei denen ein vorheriges Engagement bei CDU oder CSU feststellbar ist; etwa gleichauf liegen Freie Wähler und Wählergemeinschaften sowie die rechten und rechtsextremen Parteien mit jeweils 16. Je acht Mal ist ein Engagement in der Linken und ihren Vorläuferparteien (PDS, WASG) sowie in der FDP zu konstatieren; hierbei ist die hohe Bedeutung der Linken/PDS im Kontrast zur durchgehend geringen Bedeutung der FDP im Land Brandenburg zu berücksichtigen: Das Reservoir der Linken kann als unterrepräsentiert, das der FDP als überrepräsentiert bezeichnet werden. In sieben Fällen gibt es ein Vorengagement bei der SPD – somit ist auch die in Brandenburg stets sehr starke SPD deutlich unterrepräsentiert. Sechs Kandidat*innen traten schon einmal als Einzelbewerber*innen an. Die Befunde zu SPD und Linken kontrastieren deutlich mit den Erfolgchancen der AfD, aus dem Wähler*innen-Potential dieser Parteien Zulauf zu gewinnen: Schon bei der vorangegangenen Landtagswahl 2014 konnte die AfD hier punkten (vgl. Botsch/Kopke/Lorenz 2015). Wenig überraschend ist dagegen der geringe Anteil von Aktivitäten im grünen Bereich: dies ist nur in drei Fällen nachgewiesen. Der vergleichsweise hohe Anteil an Personen, die sich zuvor deutlich rechts von der Union oder im rechtsextremen Bereich engagiert hatten – immerhin jede*r fünfte Fall –, muss bedenklich stimmen. Addiert man Freie Wählergemeinschaften und Einzelkandidaturen dazu, steigt der Anteil der Protest- und „Anti-Parteien“-Kandidat*innen deutlich an: Fast die Hälfte des politisch fixierbaren Vorengagements erfolgte dezidiert außerhalb der



Verteilung der Kandidat*innen nach Partei und Geschlecht.

⁶ Das sind etwa so viele, wie bei Bündnis 90/Die Grünen und einige hundert mehr, als bei der FDP, SPD, CDU und Die Linke haben in Brandenburg jeweils um die 6.000 Mitglieder.

im nationalen Rahmen aktiven demokratischen Parteien. Dies entspricht dem fundamentaloppositionellen Charakter der AfD, die sich als Alternative zu den etablierten demokratischen Parteien versteht, welche sie zum Beispiel in ihrem Landtagswahlprogramm als „Altparteien“ öffentlich diffamiert. Obgleich diese Auszählung statistisch nicht belastbar ist, erweist sie sich mithin in heuristischer Hinsicht als interessant.

Auch eine strenge soziologische Zuordnung der Kandidat*innen nach Einkommen, Bildungsstand und anderen sozialstatistischen Markern ist auf Grundlage des vorliegenden Materials nicht zu realisieren. Die Eigenangaben über den erlernten oder ausgeübten Beruf sind unsicher, uneindeutig und interpretationsbedürftig. Anhand der Selbstauskunft über den Beruf haben wir die Kandidat*innen zu zehn Gruppen geclustert (zuzüglich einer Residualkategorie für Sonstige/unbekannt).⁷ Alle drei Rechts-Parteien führen auffallend wenige Bewerber*innen, die den kommunalpolitisch zumeist überrepräsentierten Berufsgruppen zuzurechnen sind. In einer Gruppe, in der wir neben Jurist*innen auch Personen in anderen gesellschaftlich stark wahrnehmbaren Tätigkeiten in Wissenschaft, Medien, Kunst und Politik⁸ geclustert haben, finden sich bei der AfD nur knapp 6 Prozent, bei der NPD weniger als 4 Prozent. Bei beiden Parteien gehören der Gruppe der Verwaltungs- und Büroangestellten weniger als 4 Prozent an. Die AfD, die sich als Law-and-Order-Partei, Anwältin der Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerungsmehrheit und Fürsprecherin der aktiven Polizeibedienten präsentiert, hat weniger als 5 Prozent Kandidat*innen aus dem Sicherheitsbereich, einschließlich Militär; bei der NPD, deren Anhänger*innen oft mit dem Gesetz in Konflikt geraten, sind es keine 2 Prozent. Auch Berufe im Gesundheits- und Sozialbereich zuzüglich der Bildung sind mit 6,5 Prozent bei der AfD und 3,6 Prozent bei der NPD unerwartet schwach repräsentiert. Die AfD-Kandidat*innen stammen zu einem Fünftel aus der Gruppe der Arbeiter*innen und im Agrar-, Gastro-, Bausektor und Handwerk Beschäftigten, bei der NPD sind es mit über 47 Prozent fast die Hälfte. In beiden Parteien machen Handel und Dienstleistungen sowie Ingenieur*innen und andere technische Berufe einen bedeutenden Anteil von jeweils etwas über 15 Prozent aus. Während sich bei der NPD nur ein Kandidat im Ruhestand befindet, ist der Anteil der Ruheständler*innen bei der AfD mit über 13 Prozent bemerkenswert. Kein NPD-Kandidat und nur acht von der AfD befinden sich noch in einer Ausbildung;

⁷ Die Cluster sind: Arbeiter*in/Agrar/Gastro/Handwerk/Bau; Sicherheit/Polizei/Militär; in Ausbildung; Haushalt; Ruhestand; Soziales/Medizin/Bildung; Technisches; Verwaltung/Büro; Wissenschaft/Politik/Presse/Kunst/Recht; Handel/Dienstleistungen. Diese Cluster sind aus den tatsächlich angegebenen Berufsbezeichnungen gewonnen.

⁸ Über die Eigenangaben hinaus konnte bei immerhin zwölf Bewerber*innen eine frühere oder laufende berufliche Mitarbeit bei Bundestagsabgeordneten der AfD festgestellt werden.

zwei AfD-Kandidatinnen, aber keine bei der NPD geben als Beruf „Hausfrau“ an. Die vier männlichen Kandidaten der REP geben alle Handwerksberufe an, die einzige Kandidatin ist Stadtplanerin. Zusammenfassend ergibt sich somit der Eindruck, dass die Parteien rechts von der Union ihre Kommunalwahl-Kandidat*innen vor allem im mittleren und unteren gewerblichen Mittelstand sowie unter Arbeiter*innen und anderen abhängig Beschäftigten rekrutieren. Dabei handelt es sich um Berufs- beziehungsweise Bevölkerungsgruppen, die tendenziell kommunalpolitisch unterrepräsentiert sind. In der Mobilisierung dieser Gruppen könnte eigentlich eine Chance bestehen, wenn sie sich für demokratische Politik engagieren. Welche Chancen versprechen die Kandidat*innen der AfD für ein solches Engagement?

ZUM PROFIL DER AFD-KANDIDAT*INNEN

Die öffentliche und wissenschaftliche Debatte darüber, inwiefern der AfD, Teilliederungen dieser Partei und ihrem Personal ein rechtextremer Charakter zu bescheinigen ist, hält an. Die Einschätzung, dass die Brandenburger AfD maßgeblich von rechtsextremen Kräften geprägt ist, reicht bis in die Partei selbst hinein. So äußerte der Schwedter Kommunalwahlkandidat Nino Pawlak in einem Interview, dass seinem Eindruck nach sein Kreisverband in ein Lager „normal denkender Menschen“ und auf der anderen Seite in „das rechtsextreme“ Lager gespalten sei (Huth 2019).

In diesem Zusammenhang ist es von Interesse, ob das Personal der AfD in Brandenburg in innerparteilichen Richtungsstreits positioniert ist und ob als rechtsextrem oder rassistisch zu wertende Aussagen dokumentiert sind. Das Tableau der Kandidat*innen für die Kommunalwahlen bietet sich als Ausgangspunkt zur Bearbeitung dieser Fragen an. Die Kandidat*innen repräsentieren eine breite Auswahl des politisch aktiven Personals der brandenburgischen AfD.

POSITIONIERUNG IN INNERPARTEILICHEN DEBATTEN

In den untersuchten Quellen zu den brandenburgischen AfD-Kandidatinnen und Kandidaten sind zahlreiche Stellungnahmen zu innerparteilichen Debatten zu finden, die die politische und strategische Entwicklung der AfD in Hinblick auf ihre Ausrichtung als Fundamentalopposition oder als gemäßigt-reformerische Kraft zum Thema hatten. Mit überwältigender Mehrheit sind dabei Stellungnahmen zu finden, die den fundamentaloppositionellen Kurs des „Flügels“ befürworten oder sich mit diesem und seinen Hauptprotagonist*innen solidarisieren. Zur „Erfurter Resolution“, dem Gründungsdokument des völ-

kisch-nationalistischen „Flügels“ aus dem Jahr 2015, sind keine vollständigen Unterzeichner-Listen öffentlich. Zu den Erstunterzeichner*innen gehörte neben dem brandenburgischen Landesvorsitzenden Andreas Kalbitz auch die Landtagsabgeordnete Birgit Bessin und Franz Wiese, die für die Kreistage in Teltow-Fläming und Märkisch-Oderland kandidieren (derfluegel.de 2015). Weitere Zeichnungen sind von 13 Kandidat*innen dokumentiert. 2017 wurde eine innerparteiliche „Mahnung zur Einigkeit“ veröffentlicht, die Solidarität mit dem rechtsextremen Thüringer AfD-Landesvorsitzenden und „Flügel“-Frontmann Björn Höcke angesichts eines Parteiausschlussverfahrens bekundete (Mahnung zu Einigkeit 2017). Aus dem Kreis der aktuell in Brandenburg auf kommunaler Ebene kandidierenden AfD-Aktiven gehörten 36 zu den Erstunterzeichner*innen dieser Erklärung. Der „Stuttgarter Aufruf“ (stuttgarter-aufruf.de 2018) von AfD-Radikalen (Steffen 2018) aus dem Oktober 2018 richtete sich gegen Parteiausschluss- und Ordnungsverfahren. Zehn Personen aus dem Kreis der jetzigen Brandenburger Kommunalwahlkandidat*innen unterzeichneten diesen Aufruf.

Als einzig in nennenswertem Umfang wahrnehmbarer Vertreter der sich als gemäßigte innerparteiliche Kraft darstellenden „Alternativen Mitte“ kann im Bundesland Axel Brösicke gelten, der für die Stadtverordnetenversammlung in Brandenburg an der Havel kandidiert. Brösicke bewarb sich im Januar erfolglos um einen Listenplatz für die Landtagswahlen.⁹ Von sechs Kandidat*innen ist eine Unterstützung des gescheiterten „Zukunftsantrages“ der damaligen AfD-Bundesvorsitzenden Frauke Petry aus dem Jahr 2017 dokumentiert, die damit eine Ausrichtung der AfD als „bürgerliche Volkspartei“ erreichen und einer fundamentaloppositionellen Politik eine Absage erteilen wollte.

ENGAGEMENT FÜR EXTREM RECHTE UND FLÜCHTLINGSFEINDLICHE KAMPAGNEN

Die brandenburgische AfD inszeniert sich als „natürlicher Bündnispartner“ der „patriotischen Bürgerbewegungen“. Gemeint ist damit die Unterstützung der Protestmobilisierungen gegen die Asylpolitik der Bundesregierung, die von rechtsextremen und flüchtlingsfeindlichen Kräften getragen wird. Insbesondere die Kooperation mit dem Südbrandenburger Verein „Zukunft Heimat“ wird als vorbildhaftes „Kooperationsmodell“ hervorgehoben. Es folgen Kurznotizen zu ausgewählten 12 AfD-Kandidat*innen, die im Zuge solcher

⁹ Allerdings sind auch von Brösicke ältere Onlineaktivitäten dokumentiert, die eine Affinität zu rechtsextremen Positionen nahe legen. 2014 hatte er im Internet Videos von neonazistischen Musikern wie „Recht auf Wahrheit“ und der Neonazi-Hooliganband „Kategorie C“ positiv bewertet (vgl.: Wirsing 2014).

Demonstrationen in Erscheinung getreten sind. Weitere Porträts sind auf der Homepage des MMZ hinterlegt.¹⁰

Christoph Berndt (Golßen) ist der Vorsitzende des südbrandenburgischen Vereins „Zukunft Heimat“, der seit längerem im Bündnis mit der AfD aber auch mit „Identitären“, „Ein Prozent“ und anderen rechtsextremen Organisationen steht. Berndt unterstellte bei einer Rede am 29. August 2017 in Cottbus Bundeskanzlerin Angela Merkel ein „Programm zur Abschaffung der Nation“, warnte vor einem „Bevölkerungsaustausch“ und sprach von der „Verwesung“ des Landes. Die deutsche Regierung würde „irrwitzig aber planmäßig die Zerstörung unseres Landes und unseres Kontinentes“ betreiben.

Leyla Bilge (Havelland), auch Landtagskandidatin, ist eine „Islamkritikerin“, die seit mehreren Jahren als Vortrags- und Demonstrationsrednerin im AfD-Milieu aktiv ist. Sie tritt auf Platz 19 der AfD-Liste bei den Landtagswahlen an. Seit 2017 arbeitet sie für den AfD-Bundestagsabgeordneten Ulrich Oehme, der zuvor Mitglied der extrem rechten Partei „Die Freiheit“ war. Bilge trat mehrmals als Rednerin bei „Zukunft Heimat“-Demonstrationen in Cottbus in Erscheinung. Am 18. Juli 2017 stellte sie sich ihrem Publikum so vor: „Leyla Bilge, stolze Deutsche mit kurdischen Wurzeln, outet sich in Cottbus: (...) Ich bin ein Nazi!“. Sie ließ diese Provokation einige Sekunden wirken, während derer ein Teil der Menge applaudierte, bevor sie erklärend hinzusetzte: „N-A-Z-I – Nicht anpassungswillig zur Islamisierung“ (rechtsausen.berlin 2018). Am 17. Februar und am 9. Juni 2018 organisierte Bilge zwei „Frauenmärsche“ in Berlin, die sich gegen Flüchtlinge richteten, und sagte unter anderem:

„Die UN hat sogar zugegeben, dass 70 bis 80 Prozent der sogenannten Flüchtlinge gar keine wirklichen Flüchtlinge sind. (...) Und dann versucht man uns hier in Deutschland einzureden, diese Männer sind Schutzbefohlene. Ja, da haben wir Hassan 12, Mohammed 14 mit Schuhgröße 46, grauem Haar und Vollbart. Ja, die hier unsere jungen Mädchen vergewaltigen und missbrauchen!“ (rechtsausen.berlin 2018)

Sie bemühte dabei drastische und rassistische Tiermetaphern: „Der Gutmensch (...) nimmt die süße Zuckerm Maus und tut sie in das Aquarium zu der Schlange. (...) Schmusen die dann miteinander? (...) Werden sie Brüder? Die Schlange frisst die Maus auf!“ (rechtsausen.berlin 2018) Laut eines Presseberichts ist Bilge Mitglied einer geschlossenen Facebook-Diskussionsgruppe, die politisch eindeutig als rechtsextrem und antisemitisch zu werten ist (Schulz 2019).

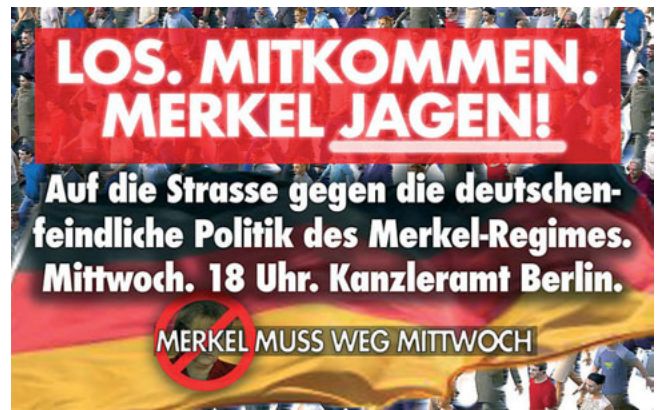
Peter Drenke (Elbe-Elster) hat als AfD-Funktionär zahlreiche Demonstrationen in Südbrandenburg begleitet und ist

¹⁰ Hier zitierte Äußerungen auf persönlichen Accounts in sozialen Medien sowie die Bewerbungsreden und -unterlagen zu Landtagskandidaturen sind in der Folge nicht einzeln nachgewiesen. Screenshots beziehungsweise Mitschnitte liegen vor.

als Redner in Erscheinung getreten. In Cottbus verkündete er bei einer Demonstration von „Zukunft Heimat“ am 29. August 2017, Flüchtlinge kämen nach Deutschland, um „Sozialbetrug durch Mehrfachidentitäten und Vielweiberei und andere kriminelle Trickereien“ zu begehen. In Finsterwalde, „vor unserer Haustür“, so erklärte er am 17. Februar 2017, würden „an jedem verdammten Tag“ Delikte wie „Mord, Raub, Diebstahl, schwere Körperverletzung“ stattfinden: „Da werden Leute überfallen auf offener Straße, da werden Frauen aus dem Fenster geschmissen und massakriert.“ Schuld an diesen Zuständen sei die „Politlobby“, die das Land „gespalten“ habe. Menschen, die ihre Meinung frei äußern wollten, würden „wie zu Zeiten der Christenverfolgung“ mit „der Extremismuskeule totgeschlagen“. Unter „dem Deckmantel der Glaubensfreiheit“ werde zudem der „Islam zur Staatsreligion“ gemacht. Am 12. September 2017 bezeichnete er bei einer Demonstrationsrede die Stärkung der AfD als „letzte Gelegenheit, dieses Land zu retten“, das durch eine „Invasionspolitik“ bedroht sei (AfD Elbe-Elster 2017).

Benjamin Filter (Dahme-Spreewald, auch Landtagskandidat) ist AfD-Stadtverordneter in Königs Wusterhausen und Mitarbeiter des AfD-Bundestagsabgeordneten Steffen Kotré. Bei einer Demonstration gegen den UN-Migrationspakt am 1. Dezember 2018 in Berlin, zu der auch die AfD mobilisiert hatte, beklagte er, dass die herrschende Politik den Plan verfolge, den Nationalstaat abzuschaffen, und rief zum Widerstand auf. „Berufsweltbürger“ würden mit ihrer Politik „durch die Hintertür etwas sehr wertvolles, den Nationalstaat, beseitigen“ wollen: „Sie wollen unsere Gemeinschaft von Bürgern in Einigkeit und Recht und Freiheit in festen Grenzen beseitigen. Das müssen wir verhindern“ (Vor Ort Aktuell 2018a). Filter ist Mitglied einer Studentenverbindung, die im rechtsextremen Dachverband der „Deutschen Burschenschaft“ organisiert ist.

Lars Günther (Märkisch-Oderland, auch Landtagskandidat) ist ein rechtsextremer Demonstrationsaktivist aus Bad Freienwalde. Laut eigenen Angaben hat er 50 bis 60 Demonstrationen angemeldet und ist Mitinitiator des „Merkel muss weg Mittwoch“ in Berlin. Eine Kundgebung unter dem Motto „Ostbrandenburg erwacht!“ Ende 2015 in Bad Freienwalde wurden im Wesentlichen von den Neonaziparteien NPD und „Die Rechte“ getragen. Als Redner trat auch Günther auf, „Zeit Online“ bezeichnete ihn als Anmelder (Frank 2015). Günther organisierte ferner die rechtsextremen Kundgebungen unter dem Motto „Heimatliebe“ in Eberswalde mit und war Versammlungsleiter bei einer Demonstration gegen den UN-Migrationspakt am 1. Dezember 2018 in Berlin. Beruflich ist er als Verlagsangestellter beim „Compact Magazin“ tätig und dort persönlicher Assistent des Chefredakteurs Jürgen Elsässer. Günther macht Flüchtlinge als „Bereicherungsanschläge“ verächtlich. Er ist offenbar der Ansicht, dass es für politische Veränderungen unfriedlicher Mittel bedürfe: „Die Zeiten, in denen wir unser Land friedlich zu einer immer besseren Land“ gestalten könnten, seien wegen „Millionen von Migranten“ „definitiv vorbei“ (Petrosilius 2018a).



Die AfD-Demonstrationsreihe „Merkel muss weg Mittwoch“ in Berlin wurde in Brandenburg initiiert – Kommunalwahlkandidat*innen sind beteiligt. Bildzitate: merkel-muss-weg-mittwoch.de.

Lars Hünich (Potsdam-Mittelmark, auch Landtagskandidat) ist Mitarbeiter der AfD-Fraktion im brandenburgischen Landtag und steht auf Platz 6 der Landesliste der AfD für die Landtagswahlen. Er tritt bei zahlreichen Demonstrationen in Erscheinung. 2017 etwa hatte er eine Kundgebung mit AfD-Rechtsaußen Björn Höcke vor dem Potsdamer Filmmuseum angemeldet. Er moderierte die von „Zukunft Heimat“ mit veranstaltete Demonstrationen am 1. Dezember 2018 in Berlin und am 16. September 2018 in Köthen (Elsässer 2018).

Matthias Lentzsch (Elbe-Elster) trat bei den Demonstrationen des „Bürgerforums Südbrandenburg“ in Bad Liebenwerda als eine prägende Kraft in Erscheinung. In zahlreichen Internetbeiträgen äußert sich Lentzsch in rechtsextremer Diktion. So kritisiert er den Investor und Stiftungsfinanzier George Soros – gegen den nicht zuletzt wegen seiner jüdischen Herkunft seit längerem eine aggressive antisemitische, radikalnationalistische und rechtsextreme Kampagne läuft – in Szenediktion als „Strippenzieher“, dessen „Kritik am bestehenden Parteiensystem“ an „Hitler“ erinnere (Lentzsch 2019). Lentzsch konstatiert ein „Verhättscheln“ des Islam, das sich aus einer „Gleichmacherei“ nähre. Solch eine Ausrichtung „moralpazifistischer Völker“ werde zu Unterdrückung und Ausrottung führen (Steinhöfel 2019). Am 29. August 2017 forderte er als Redner bei einer „Zukunft-Heimat“-Demonstration angesichts eines bevorstehenden Besuchs von Bundeskanzlerin Merkel in Finsterwalde zum Protest auf: Dies sei eine „Bedrohung, die größer nicht sein

kann“, denn Merkel plane „unseren schönen Marktplatz, die schöne Altstadtkulisse, für ihren Wahlkampf zu missbrauchen“. Er rief auf, „eventuell die eine oder andere Meinung dazu abzugeben, in der einen oder anderen Art“. Bei ihrem Auftritt in Finsterwalde wurde Merkel wüst beschimpft, die Polizei musste unter anderem wegen des Zeigens von Hitlergrüßen einschreiten (Ringle 2017).

Daniel Freiherr von Lützow (Teltow-Fläming, auch Landtagskandidat) ist Mitglied des Landesvorstandes der AfD. Er trat mehrfach als Redner bei Demonstrationen von „Zukunft Heimat“ in Erscheinung. In seiner Bewerbung um einen Listenplatz bei den Landtagswahlen gab Lützow als politisches Ziel die „Ausschaltung des politischen Gegners durch Sachpolitik u.v.m.“ an. Bei einer Demonstration von „Zukunft Heimat“ am 31. Dezember 2017 warb er für den „Schulterschluss“ seiner Partei mit „Pegida“ und „Zukunft Heimat“. Das deutsche Volk sei in existenzieller Not und die AfD sei das politische Instrument, um den „Kampf“ um das Überleben des Volkes zu führen:

„Wir kämpfen darum, dass wir unser Land behalten können. (...) Die AfD Brandenburg wird Brandenburg nicht kampflos aufgeben. (...) Jeder, der sein Land verteidigen muss, muss in der AfD seine Heimat finden. (...) Wir kämpfen um unser Überleben, um das Überleben unserer Kultur und unserer Werte.“

Ralf Maasch (Rathenow) war eine prägende Figur im rechts-extremen „Bürgerbündnis Havelland“, welches in Rathenow eine Vielzahl von Veranstaltungen durchführte. Im Januar 2019 verkündete Maasch seinen Rückzug aus dem „Bürgerbündnis“. Er ist seit September 2014 AfD-Mitglied. Maasch sympathisiert auf seinem Facebook-Profil mit der inhaftierten Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck und teilt Beiträge von NPD-Funktionären (Presseservice Rathenow 2019).

Heiko Müller (Teltow-Fläming) ist der ehemalige Landes- und Vize-Bundesvorsitzende der rechtsextremen REP. Um das Jahr 2015 war er führend am Versuch beteiligt, unter dem Motto „Brandenburger für Meinungsfreiheit und Mitbestimmung“ („Bramm“) einen Pegida-Ableger im Land Brandenburg zu etablieren. Neonazis wirkten auf „Bramm“ ein und stellten einen Teil des Teilnehmerkreises (vgl. Rougk 2016).

Volker Nothing (Elbe-Elster, auch Landtagskandidat), AfD-Kreisvorsitzender in Elbe-Elster, bezeichnete bei einer Demonstration im November 2018 den UN-Migrationspakt als „Kriegserklärung an alle friedlichen Länder Europas und der Welt“. Er sieht gegenwärtig in Deutschland „Meinungs- und Gesinnungsterroristen“ am Werk. Die Regierung würde sich das „Land zur Beute“ machen und es mit „teils nicht integrierbaren Menschen fluten“. Nothing will Flüchtlinge, die die deutsche Gesellschaftsordnung nicht respektierten, abschieben und fügt an, dass auch „Landsleute und Politiker, denen unsere Heimat offensichtlich nicht bunt und tolerant genug ist oder denen es vielleicht auch zu friedlich und ein-tönig ist“, nicht „gezwungen“ seien, „hier zu bleiben“. Das

Publikum applaudierte und skandierte die Neonaziparole „Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen“. Nothing setzte hinzu: „Wir wünschen ihnen alle eine gute Fahrt in die Länder ihrer Träume“ (Petrosilius 2018b). 2018 und 2019 hielt Nothing Reden bei „Zukunft Heimat“-Demonstrationen in Cottbus (vgl. etwa Petrosilius 2019a). Die gegenwärtige Politik besteht seiner Ansicht nach aus einer „Front von Realitätsverweigerern und Deutschlandabschaffern“, so Nothing am 16. März 2019 in Cottbus.

Andy Schöngarth (Cottbus) trat mehrmals im Verbund mit dem regionalen Reichsbürger-Aktivist Rico Handta als Organisator von flüchtlingsfeindlichen Demonstrationen im Jahr 2015 in Cottbus in Erscheinung. Auf Facebook sympathisiert er mit Neonazibands wie „Nordwind“ und „Ak Solingen 47“. Er teilte Postings, die einen „Holocaust am Deutschen Volk“ anklagen und Propagandavideos, die zeigen sollen, „was die Juden den Deutschen angetan“ hätten.

Franz Wiese (Märkisch-Oderland, auch Landtagskandidat) ist seit 2014 Landtagsabgeordneter der AfD Brandenburg. Er ist Initiator und treibende Kraft des „Merkel muss weg Mittwochs“, einer Serie von AfD-Kundgebungen vor dem Bundeskanzleramt in Berlin, auf denen seit 2017 wöchentlich der Rücktritt der „Kanzler-Diktatorin“ gefordert wird. Unter der Parole „Merkel jagen“ wird zum Widerstand „gegen die deutschen-feindliche Politik des Merkel-Regimes“ aufgerufen. Immer wieder wird von Teilnehmer*innen in Videomitschnitten über Visiten von Rechtsextremen berichtet, etwa des Aktivisten Eric Graziani (Vor Ort Aktuell 2018b) oder des antisemitischen „Volkslehrers“ Nikolai Nerling (Vor Ort Aktuell 2018c). Wiese fällt selbst regelmäßig mit schärfster Polemik auf. Bei einer Demonstration gegen den UN-Migrationspakt am 1. Dezember 2018 in Berlin sagte Wiese über Merkel: „Diese Frau, wenn sie denn eine ist, hat so viel Schaden über Deutschland gebracht, dass sie eigentlich ein Fall für die Gerichte wäre“. Die Kanzlerin bleibe jedoch verschont, weil „die Richter einfach willfähige Helfer“ seien. Die teils gewalttätigen Gelbwestenprotesten in Frankreich kommentierte er so: „Mir wurde vorhin gesagt, ja, die randalieren ja. Ja, die Franzosen haben Eier in den Hosen und wissen was sie zu tun haben.“ Der „Merkel muss weg Mittwoch“ hingegen zeige, „dass jetzt die Zeit abgelaufen ist für diese Landverweser, die hier nichts anderes im Sinn haben wie Deutschland zu vernichten.“

RASSISTISCHE UND RECHTSEXTREME ÄUSSERUNGEN ODER VERBINDUNGEN VON AFD-KANDIDAT*INNEN

Neben der Einbindung vieler Kommunalwahlkandidat*innen in die Demonstrationspolitik der brandenburgischen AfD und ihrer Anbindung an die rechtsextremen und flüchtlingsfeindlichen Mobilisierungen sind weitere Kandidat*innen mit

Äußerungen aufgefallen, die Sympathie mit rassistischen oder rechtsextremen Positionen oder mit entsprechenden Organisationen erkennen lassen, mit drastischer Sprache politische Gegner*innen angreifen oder diskriminierende Inhalte transportieren. Eine Auswahl dieser Äußerungen wird im Folgenden dokumentiert. Gegebenenfalls wird auf eine Vorgeschichte oder Anbindung der jeweiligen Personen in rechtsextreme Kreise hingewiesen. Es folgen Kurznutzen zu ausgewählten zwölf AfD-Kandidat*innen, die entsprechend in Erscheinung getreten sind.¹¹

Stefan Broschell (Zossen) wurde als Protagonist der neonazistischen und rassistischen „Artgemeinschaft Germanische Glaubensgemeinschaft“ bekannt. So war der heute als Antiquar tätige Broschell für den Buchversand dieser völkisch-neuheidnischen Neonaziorganisation zuständig (Bauerschmidt et al 1996, S. 369). Auch schrieb Broschell für die „Artgemeinschafts“-Zeitschrift „Nordische Zeitung“. Als 26-Jähriger war Broschell Direktkandidat für REP im Berliner Stadtteil Neukölln. Im NSU-Untersuchungsausschuss des Landes Brandenburg berichtete Generalbundesanwalt Wolfgang Siegmund, dass Broschell zeitweise in Berlin als Polizist gearbeitet und dort „keinen Hehl aus seiner neonazistischen Gesinnung“ gemacht habe (NSU Watch Brandenburg 2017). Der ehemalige Potsdamer Staatsschutzchefs Jürgen Wetzel berichtete im Ausschuss, dass bei einer Polizeirazzia gegen einen korruptionsverdächtigen Polizisten im Jahr 2003 Fotos sichergestellt wurden, die den damaligen Polizisten Broschell „in rechtsextremem Kontext“ zeigten (NSU Watch Brandenburg 2017b).

Thorsten Burzlaff (Teltow-Fläming) postete auf Facebook ein Video, dass die „Q-Anon“-Verschwörungsideologie erklärt und bewirbt. Ebenfalls postete er einen Beitrag, in dem in der Manier der Reichsbürgerbewegung behauptet wird, dass die Bundesrepublik 1990 als Staat aufgehört habe zu existieren und an ihre Stelle eine „BRD-Finanz GmbH“ getreten sei. In einem weiteren von Burzlaff verbreiteten Posting wird ein Gedenkstein des neonazistischen Vereins „Gedächtnisstätte“ in Guthmannshausen gezeigt. Er schreibt ferner, dass am 13. Februar 1945 in Dresden ein „Völkermord“ stattgefunden habe.

Lena Duggen (Havelland, auch Landtagskandidatin) warnte auf Facebook, dass „eine Generation von Kopfab-schneider-Kindern“ heranwachse. Die Juristin aus Dallgow-Döberitz erklärte bei ihrer Bewerbungsrede für einen Listenplatz bei den Landtagswahlen, dass sie „nicht mehr zu einer Tageszeit allein auf die Straße gehen“ und sich auch nicht „in öffentliche Verkehrsmittel wagen“ könne, weil „in diesem Land Menschen Einzug gehalten haben, deren Weltanschauung nicht mit der unseren zusammenpasst“. Sie habe „Angst um Leib und Leben“ in ihrer Heimat. Sie macht eine „fortschreitende Deutschenfeindlichkeit, die so viele Opfer bislang gefordert hat“ aus, welche „endlich

gestoppt“ werden müsse. Sie forderte einen „Justizapparat mit einem Hang zum Gesetz statt einer Tendenz zur Gesinnungsjustiz“. „Straftäter“ sollten „nach der Schwere ihrer Vergehen oder Verbrechen verurteilt werden, und nicht danach, ob die Tat in ihrem Heimatland eventuell straffrei bleiben würde.“ Der Justiz unterstellt die Rechtsanwältin ferner, Gerichte würden „wegen der Herkunft der Angeklagten milder und wegen der politischen Weltanschauung so manches mal härter bestrafen“. Duggen ist gegenwärtig AfD-Mitarbeiterin im Landtag und Generalsekretärin der AfD-nahen „Erasmus Stiftung Brandenburg“ sowie Beisitzerin des Vorstandes der „Akademischen Erasmusstiftung“. Sie hat eine politischen Vergangenheit in der islamfeindlichen Partei „Die Freiheit“.

Helfried Ehrling (Elbe-Elster) äußerte in einem Facebook-Kommentar, dass 2019 das „Jahr der Entscheidung“ werde: „das geht nicht ohne (Bürger)-Krieg“, „Reförmchen, labern und aussitzen“ würden dafür nicht ausreichen. In einem anderen Facebook-Kommentar begrüßt er, dass ausländische Vertragsarbeiter in der DDR „von den deutschen Jung’s auch richtig auf’s Maul“ bekommen hätten, wenn es „Ärger mit denen“ gegeben hätte. Auf Youtube unterhält ein Nutzer mit dem Namen Helfried Ehrling einen Kanal und hat dort eine Playlist mit „Guter Musik“ zusammengestellt, darunter Songs von Rechtsrock-Interpreten wie „Sturmwehr“, „Sturmrebell“, „Dee Ex“ oder „Von Thronstahl“. In einer weiteren Playlist mit dem Titel „Geschichte“ sind unter anderem Reichsbürger-Videos von „staatenlos.info“ („GEZ-Rundfunkgebühren sind Nazi-Unrecht“) und vom Verschwörungskanal „klagemauer.tv“ („Die Rothschild-Kontrolle“) gelistet.

Michael Hanko (Spree-Neiße) war vor seinem Engagement für die AfD bereits mehrere Jahre als parteiloser Einzelmandatsträger kommunalpolitisch tätig. Hanko war Grundstücksbesitzer des mittlerweile geschlossenen Neonazi-Treffpunkts „Bunker 38“ in Schwarze Pumpe bei Spremberg. Nachdem die Polizei gegen eine Neonaziparty im „Bunker 38“ vorgehen musste, setzte sich Hanko 2008 bei einer Sitzung des Ortbeirats unterstützend für die Neonazis ein und erhob Vorwürfe gegenüber der Polizei, von der „wir wie Verbrecher behandelt“ worden seien (Lausitzer Rundschau 2008).

Ingo Hubatsch (Oberspreewald-Lausitz, auch Landtagskandidat) behauptete in seiner Bewerbungsrede um einen Landtagslistenplatz, in Deutschland finde eine „Politik der Zersetzung und Zerstörung der Gesellschaft“ statt. „Noch nie in der Geschichte der Menschheit“ habe ein Staat „in vollem Bewusstsein versucht, sein eigenes Staatsvolk zu zersetzen“ – dies sei heute hierzulande der Fall. Die „Zersetzung“ würde von den „herrschenden Globalisten“ betrieben. Das „linke Establishment“ würde „unsere Werte Stück für Stück vernichten“, wofür es sich unter anderem einer „Nazikeulerei“ bediene und die Deutschen auch materiell „enteignen“ wolle. Es handele sich um einen „Krieg gegen alles, was wir sind als entwickelte Kulturvölker Eu-

¹¹ Weitere Porträts sind auf der Homepage des MMZ hinterlegt.



Rassistisches Posting eines AfD-Kandidaten



Posting einer AfD-Politikerin

ropas. Das ist Globalistenpolitik!“ Die AfD sei „die einzige und letzte Insel der Vernunft in Zeiten der Transformation zur Selbstaufgabe“. Auf Facebook sympathisiert Hubatsch mit dem „Flügel“ und teilt Beiträge von „Ein Prozent“ und „Compact“.

Robert Ketelhohn (Oberhavel), ein katholischer Traditionalist, hat auf seiner Facebookseite ein als antisemitisch zu wertendes Statement veröffentlicht. Er bekundet: „Die zionistische Staatsideologie ‚Israels‘ ist aus Sicht jedes aufs Naturrecht bauenden Staatsdenkens zu verwerfen.“ Israel fördere einen „blanken Nationalsozialismus“, als dessen Symbol die Kippa fungiere. Er wirft Israel zudem vor, dass es „islamistische Terrortruppen“ „fördert und rüstet“. Die Gründung Israels sei eine „künstliche Implantation“ eines „vollständig landesfremden zionistischen Staatsgebildes in Palästina, einschließlich der Invasion von Millionen kulturfremder ‚Migranten‘ ins Heilige Land der Christenheit“ gewesen.

Mario Kuczera (Märkisch-Oderland) verbreitete bei Facebook unter anderem einen Kommentar „Wann wacht Ihr auf, Deutsche?“ des NPD-Vorsitzenden Frank Franz aus der NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme“. Ein Foto einer Versammlung seiner AfD-Regionalgliederung kommentiert er mit dem Satz: „Es geht weiter bei uns in Seelow, wir lassen uns von Parasiten und Verrätern nicht unterkriegen ...“.

2017 nannte er die CDU/CSU „antideutsch“ und suggerierte, dass Deutschland keine Schuld am Zweiten Weltkrieg habe: „Groß Britannien und Frankreich erklärten dem Deutschen Reich am 3. September 1939 den Krieg, nicht umgekehrt!“ „Die Greuelpropaganda der Sieger gegen die Deutschen wird in der BRD mit dem Strafgesetz geschützt“.

Klaus-Peter Kulack (Barnim) ist Kreisvorsitzender im Barnim und Mitglied des Landesvorstandes. Bei einer Demonstration am 15. August 2017 in Eberswalde behauptete er, dass „linke und grüne Chaoten“ im Gegensatz zu normalen Bürgern keine Steuern zahlen müssten: „Wir alle zahlen Steuern, die gar nicht.“ Aiman Mazyek vom Zentralrat der Muslime in Deutschland wurde von Kulack aufgefordert, seinen Namen „gefälligst einzudeutschen“. „Schreit nicht nach Religionsfreiheit“, verlangte er von deutschen Muslimen: „Beschäftigen sie sich gefälligst mit unserer europäischen Kulturgeschichte, wenn sie hier leben wollen! Da können Sie in ihren Kaffeehäusern so viel labern wie Sie wollen. Nur sagen sie uns nicht, wie wir unser Land zu führen haben. Davon haben Sie nicht den blassesten Schimmer und den kleinsten geistigen Zugang.“ Auf Facebook äußerte sich Kulack zur Bundeswehr: „Na Hauptsache, die Kasernen sind alle umbenannt und alle Devotionalien von vor 1945 sind beseitigt. Aber keine Sorge, mit der Wehrmacht hat dieser Chaotenhaufen wahrlich nichts gemeinsam, die scheitern ja schon im eigenen Land am ersten Maulwurfshügel. Oh Flinten-USchi, wärst du doch am Herd geblieben.“

Ralf Küttelwesch (Mittenwalde) war Mitgründer und Funktionär des „Sturmvogel“, eines „Deutschen Jugendbundes“, der sich 1987 von der neonazistischen „Wiking Jugend“ (1994 verboten) abgespalten hatte. 1990 veröffentlichte er gemeinsam mit der Neonaziaktivistin Edda Schmidt ein Buch über eine „Sturmvogel“-Fahrt nach Rumänien. Er arbeitete zudem als Mitarbeiter der Presseabteilung und Rechtsabteilung des Unternehmens, das die in der Neonaziszene populäre Kleidungsmarke „Thor Steinar“ produziert. In der Vergangenheit schrieb er für die neurechte Wochenzeitung „Junge Freiheit“.

Arpad von Nahodyl (Belzig) ist der Gründer und Anführer der heidnisch-germanischen Sekte „Germanische Glaubensgemeinschaft“, die sich als Nachfolgerin der von um 1912 gegründeten und bis 1964 existenten gleichnamigen völkischen Gruppierung sieht. Nahodyl ist Autor zahlreicher Bücher, in denen er unter anderem beschreibt, wie man „per Telepathie der Zahlen“ „im Roulette gewinnen“ könne.

Daniel Pommerenke (Ostprignitz-Ruppin) war in der Vergangenheit in der Neonazi-Szene in Sachsen-Anhalt aktiv. 2007 kandidierte er auf einer Tarnliste der NPD-Jugendorganisation JN für das Studierendenparlament der Universität Magdeburg. Fotos aus dem Jahr 2009 sollen Pommerenke am Transparent einer Neonazi-Kameradschaft namens „Sozialrevolutionäre Alternative Mitte“ zeigen. 2018 veröffentlichte er einen Artikel in „Arcadi“, einem Magazin, das den rechtsextremen „Identitären“ nahesteht.

Michael Stübner (Rüdersdorf) postete auf seiner Facebookseite ein Foto eines Fackelmarsches, der sich gegen „illegale Grenzüberschreitung von Invasoren“ gerichtet habe. In einem anderen Posting ist von Plänen die Rede, nach denen allen Menschen Chips implantiert werden sollen. Wer sich dem widersetze, würde in „Zwangslager“ gesperrt werden. Nach Stübners Ansicht sei dies der Plan „der reichsten Familie der Welt“ und werde von „Regierungskreisen“ unterstützt.

ZUR PROGRAMMATIK DER AfD

In einer Analyse des Grundsatzprogramms der AfD haben wir deren Programmatik „in all ihren Facetten als ‚reaktionär‘“ bezeichnet. Sie lasse sich „von einem Gesellschafts- und Menschenbild leiten, das durchweg an einer vergangenen Zeit orientiert“ sei (Botsch 2016, S. 12). Dieser Befund bleibt gültig, allerdings hat sich die Partei nicht nur dem Auftreten nach, sondern auch programmatisch-inhaltlich erheblich radikalisiert. Daher sprechen aus unserer Sicht „inzwischen mehr Argumente dafür als dagegen, sie der rechtsextremen Parteienfamilie zuzuordnen [...]. Für diese Einschätzung [...] ausschlaggebend [...] ist [...] die Kampfansage an die parlamentarische Demokratie, an deren Grundlage im gesellschaftlichen Pluralismus und an die sie tragenden Institutionen. Und diese Kampfansage ist in der Partei nicht nur programmatisch fest verankert – sie wird von ihren Vertretern auch immer aggressiver verfolgt“ (Botsch 2018, S. 20).

KOMMUNALPOLITIK IM AfD-LANDTAGSWahlPROGRAMM

Zur Landtagswahl hat der AfD-Parteitag am 27. April 2019 in Falkensee ein Wahlprogramm verabschiedet, das den „reaktionären“ Charakter schon im Titel zum Ausdruck bringt: „Vergangenheit bewahren, Zukunft gemeinsam gestalten“.¹² Viele Einzelaspekte des Programms betreffen die Kommunalpolitik, insbesondere im ersten Abschnitt, der sich dem Thema Demokratie widmet. Hier findet die von der AfD mobilisierte „Parlamentsverdrossenheit“ ihren Niederschlag. Dagegen sollen direktdemokratische Elemente weiter gestärkt werden. Die Kommunen sollen finanziell besser ausgestattet werden und eine politische Aufwertung erfahren: „Starke, eigenständige Kommunen, Landkreise und kreis-

freie Städte [...] entsprechen unserem Ideal von einer freien Gesellschaft, in der grundsätzliche Entscheidungen vor Ort getroffen werden“. Ein verfassungspolitisches Herzstück ist die Einführung einer „Kommunalkammer, welche die Interessen der Landkreise und kreisfreien Städte durch ein Mitspracherecht bei der Landesgesetzgebung vertritt und zugleich die kommunale Selbstverwaltung erheblich stärkt“. Vorbild ist dabei der Bundesrat, also eine durch die Exekutive bestimmte Körperschaft und nicht ein direkt gewähltes Repräsentativorgan. 2017 hatte die AfD-Landtagsfraktion einen entsprechenden Antrag an die Landesregierung gestellt (Landtagsdrucksache 6/7661). Parlamentarisches Regieren im Sinne des Grundgesetzes und der Landesverfassung würde durch eine Kammer, wie sie die AfD fordert, erschwert.¹³ Andere neue Instrumente der Beteiligung, wie Bürgerkommune oder Bürgerhaushalt, werden im Programm zur Landtagswahl ebenso wenig gefordert, wie eine Stärkung der kommunalen Repräsentativkörperschaften.

KOMMUNALWAHLPROGRAMME

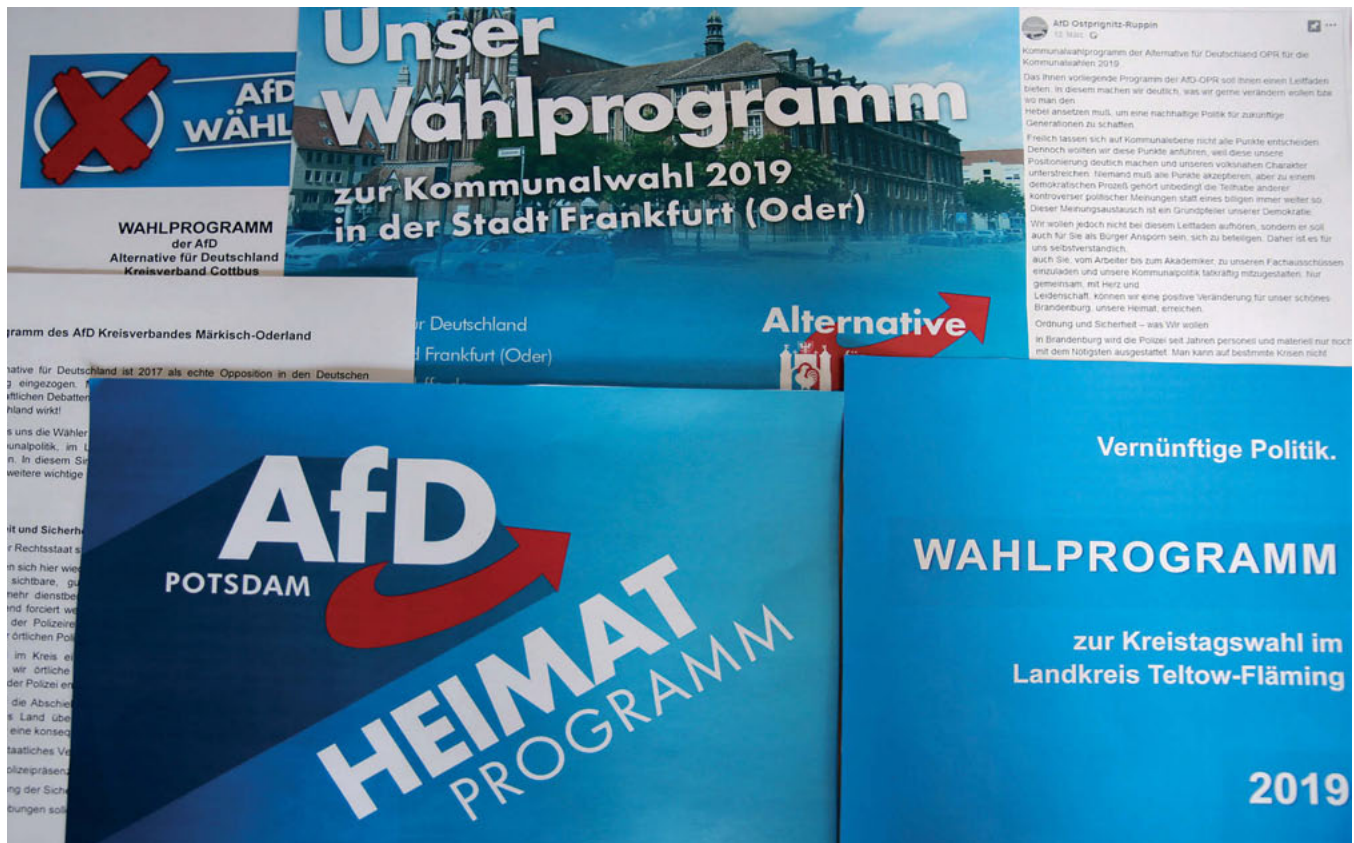
Kommunalwahlprogramme liegen uns vor für die Kreise Elbe-Elster, Märkisch-Oderland, Ostprignitz-Ruppin und Teltow-Fläming sowie für alle kreisfreien Städte außer Brandenburg an der Havel. Sie sind nicht aus einer Hand gestrickt,¹⁴ sondern offenkundig durch die AfD-Kreisverbände vor Ort selbst formuliert worden, und fallen sehr unterschiedlich aus was Stil, Länge und Qualität angeht. Alle verbinden eine Reihe von Forderungen, die sich so oder ähnlich auch im Wahlprogramm für den Landtag finden oder mit solchen, die regionalen Zuschnitts sind, und häufig auch mit Spezialproblemen. Manche Programme bringen Forderungen zum Ausdruck, die auf kommunaler Ebene nicht umsetzbar sind. In Ostprignitz-Ruppin werden derlei Forderungen unter anderem damit begründet, dass sie „unsere Positionierung deutlich machen und unseren volksnahen Charakter unterstreichen“.

Auch wenn politische Parteien ihre eigenen Forderungen gerne als „vernünftige Politik“ (so der Titel des Wahlprogramms Teltow-Fläming) bezeichnen und dem Gegner ideologische Positionen vorwerfen, stehen sie doch in der Regel

¹³ Zu Chancen und Risiken von Kommunalkammern auf Landesebene vgl. Holtkamp 2001.

¹⁴ Ein Einfluss des dem AfD-Landesverband verbundenen, 2016 gegründeten Kommunalpolitischen Heimatvereins Brandenburg e.V. (KHV) ist nicht erkennbar. Seit der nicht konkretisierten Ankündigung von Seminarangeboten aus dem März 2017 ist die Webseite des Vereins inaktiv. Angaben über den Vorstand sind ihr nicht zu entnehmen. Nachdem das Land die KHV in den ersten beiden Jahren mit rund 30.000 Euro gefördert hatte, verweigert es ihr derzeit mit der Begründung, eine ordnungsgemäße Geschäftsführung sei nicht gesichert, weitere Zuschüsse, wogegen die KHV klagt (vgl. Lassiwe 2019).

¹² Bei Redaktionsschluss lag das auf dem Landesparteitag am letzten Aprilwochenende in Falkensee angenommene Programm noch nicht vor. Alle Zitate entnehmen wir, unter dem Vorbehalt möglicher Änderungen, dem Programmtextentwurf.



Kommunalwahlprogramme brandenburgischer AfD-Verbände

selbst für eine bestimmte Weltanschauung und Ideologie. Entsprechend sind auch alle Kommunalwahlprogramme der AfD in unterschiedlicher Weise durch ideologische Elemente gekennzeichnet. Charakteristisch ist eine Passage des Kommunalwahlprogramms Ostprignitz-Ruppin, Abschnitt „Identität und Wir-Gefühl“):

„Brandenburg ist das Land der Brandenburger, welche sich in ihrer Art und Mentalität von anderen unterscheiden und dabei trotzdem eine innige Verbindung zum deutschen Volk und den Völkern Europas aufweisen. Diese unsere Identität versucht man zunehmend durch das Zurückdrängen der deutschen Kultur, in Form eines Egalitarismus, zu zerstören.“

In allen Kommunalwahlprogrammen wird dem Thema Flucht und Migration große Aufmerksamkeit zuteil. Vorschläge zur politischen Bearbeitung zielen durchweg auf Restriktionen und umfassende Massenabschiebungen. Das Thema wird häufig in Zusammenhang mit der Inneren Sicherheit, einem weiteren Kernthema der Kommunalwahlprogrammatik, diskutiert und im Potsdamer Programm sogar in einem Punkt zusammengefasst. Im Bereich der Kultur liegt zumeist ein Schwerpunkt auf Heimat-, Brauchtums- und Traditionspflege. Kulturförderung soll einerseits „ideologiefrei“ sein – dies richtet sich offenbar gegen gesellschaftskritische Kunst –, andererseits an den Bedürfnissen derjenigen ausgerichtet, die von der AfD als „breites Publikum“ bezeichnet

werden. Die Programme bekennen sich zur traditionellen Familie aus Eltern und Kindern und zu deren tragender gesellschaftlicher Rolle. Explizite Aussagen zum Themenkomplex „Gender“ sind allerdings in den Kommunalwahlprogrammen weniger präsent, als erwartet. Am gegliederten Schulsystem wird festgehalten, Integration und Inklusion abgelehnt, Förderschulen sollen beibehalten werden. Ungeachtet des Bekenntnisses zu Natur, Landschaft und Heimat lässt sich erkennen, dass die AfD auch in Umweltschutzfragen darauf setzt und hofft, alles könne weithin beim Alten bleiben: Blockade, Verzögerung oder Rückkehr zur geübten Praxis sind vorherrschend. Der Ausbau der Windkraft wird kategorisch abgelehnt. Autoverkehr wird nicht als gesellschaftliches Problem, sondern als individuelle Entscheidung betrachtet. Ein wiederkehrendes Motiv ist das Bekenntnis zum „Diesel“. Das Schutzniveau für Wolf und Biber soll abgesenkt werden. Eine Energiewende wird abgelehnt oder soll verzögert werden: Wie im Landtagswahlprogramm geht beispielsweise auch das Potsdamer Programm davon aus, dass ein menschengemachter Klimawandel nicht nachweisbar sei. Wirtschaftspolitisch gibt es eine klare Ausrichtung auf den mittleren und kleinen gewerblichen Mittelstand, Handwerker*innen und Selbständige.

Wie äußern sich die AfD-Kommunalprogramme zu Demokratie, Selbstverwaltung und Bürgerbeteiligung? Als Mittel zur Belebung der kommunalen Demokratie setzt die AfD einseitig auf plebiszitäre Elemente. Neue Beteiligungsformen werden nicht erwähnt oder abgelehnt. Der

Stadtverband Potsdam äußert sich nicht zum Konzept der Bürgerkommune, mit dem Herzstück des Bürgerhaushalts. In Frankfurt (Oder) wird der Bürgerhaushalt explizit als „Schauveranstaltung und Augenwischerei“ abgelehnt. Ausgebaut werden sollen dagegen Stadtteilkonferenzen, ein anderes Instrument dialogorientierter Beteiligungsformen, denen – neben den Ortsbeiräten – ermöglicht werden soll, eigene Haushalte zu verabschieden. Neben plebiszitären Mitwirkungsrechten setzt die AfD als zentrales Element der Demokratie auf kommunaler Ebene auf größere Transparenz der Verwaltung und kommunaler Gremien. Einige Gliederungen fordern strenge Haushaltsdisziplin, zu gewährleisten durch Stellenrückbau. Sparpotenziale sehen sie im Abbau übermäßig bürokratisierter Verfahren, im Bereich einer als ausufernd vorgestellten „Sozialindustrie“ sowie durch Streichung von Stellen, die sie für „ideologisch“ halten.

In der Summe bringen die kommunalpolitischen Forderungen im Bereich Staat, Verwaltung und Demokratie wenig Impulse für eine Stärkung repräsentativer oder Belebung partizipativer Elemente. Sie konkretisieren das für die AfD insgesamt feststellbare Grundmuster einer autoritär-plebiszitären Konzeption von „wahrer Demokratie“, die von einem als vorrangig, angestammt und im ethnisch-kulturellen Sinne homogen gedachten Volk ausgeht, welches durch „unmittelbare“ Mehrheitsentscheidungen mit einer deutlich gestärkten Verwaltung und einer in Urwahl bestimmten personalen Verwaltungsspitze zusammenwirkt. Intermediären Gewalten, partizipationsfördernden und „anwaltschaftlichen“ Institutionen zum Schutz der Interessen und Rechte von Minderheiten wird kein Wert zugemessen, mitunter sogar ihre Abschaffung gefordert. Der AfD-Stadtverband Frankfurt (Oder) findet zum Beispiel: „Die Position einer/eines ‚Integrationsbeauftragten‘ halten wir für vollkommen überflüssig und sollte zum Zwecke der Einsparung gestrichen werden!“

Das von der AfD oft vermittelte Bild, bei den bundesrepublikanischen Zuständen der Zeit „vor 68“ anzuknüpfen, korrespondiert nicht mit den in dieser Phase prägenden Beteiligungsformen, als die „klassischen repräsentativ-demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten Hochkonjunktur“ hatten (Wagner 2019, S. 13) und kommunale Demokratie über demokratische Parteien vermittelt wurde. Sie knüpfen vielmehr bei den in der zweiten Beteiligungswelle seit den 1990ern massiv erweiterten direktdemokratischen Elementen an, deren demokratisierende Rolle indes frühzeitig auf Skepsis stieß. Darauf antwortete eine dritte, vor allem auf Transparenz und die Möglichkeiten digitaler Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten setzende Beteiligungswelle. Von Elementen und Instrumenten aus dieser Zeit verspricht sich die AfD offenbar einige Effekte. In einer vierten Beteiligungswelle, welche in der Literatur mit dem „Wutbürgertum“ in Verbindung gebracht wird (Bauer/Hajasch 2017; Wagner 2019), begann die Institutionalisierung dialogorientierter Verfahren. In der kommunalpolitischen Agenda der „Wutbürger“-Partei AfD finden sie bislang selten einen Ausdruck.

FAZIT

Die Hoffnung, in einer aus verschiedenen Beteiligungsformen „gemischter Kommunalverfassung“ zu einer „partizipativen Demokratie“ auf kommunaler Ebene voranzuschreiten, dabei die Potenziale des engagierten neuen „Wutbürgertums“ in demokratische Mitwirkungsformen zu überführen und auf kommunaler Ebene bislang unterrepräsentierte Bevölkerungsgruppen sozial und politisch besser in die demokratische Gesellschaft zu integrieren, findet im Wirken der AfD bislang wenig Nahrung. Zwar ist es der AfD gelungen, einige unterrepräsentierte gesellschaftliche Gruppen zu politischem Engagement zu bewegen, so dass sich in soziologischer Hinsicht das Gesicht der Repräsentativkörperschaften auf kommunaler Ebene erheblich verändern wird. Das wäre in gewisser Hinsicht wünschenswert, obgleich zu betonen ist, dass keineswegs alle unterrepräsentierten Gruppen hiervon erfasst werden; insbesondere dürfte der zu erwartende Mandatszuwachs der AfD zu einem noch weniger ausgewogenen Mischungsverhältnis zwischen den Geschlechtern in den jeweiligen Gremien führen.

Personal und Programmatik der AfD lassen auf Grund ihres gespannten bis feindseligen Verhältnisses zu den grundgesetzlich garantierten Prinzipien einer repräsentativen Demokratie, pluralistischen Gesellschaft und zu fundamentalen Menschenrechten befürchten, dass positive Demokratisierung-Effekte ausbleiben oder rasch verpuffen. Ihre auch kommunalpolitisch gepflegte Positionierung als Fundamentalopposition und ihre „reaktionäre“ Blockadehaltung gegenüber politischen Steuerungsvorschlägen angesichts fundamentaler gesellschaftlicher Wandlungsprozesse – etwa im Bereich individueller Lebensentwürfe, Arbeit und Ausbildung, Migration und Flucht sowie Klima- und Umweltbelastungen – bietet gleichzeitig wenig Chancen zur konstruktiven Problemlösung im kommunalen Rahmen. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass plebiszitäre Demokratie auf kommunaler Ebene bislang anscheinend eher dazu geführt hat, gesellschaftlichen Reformbedarf zu behindern. Eine vor allem blockierende Wirkung wäre auch von einer Kommunalkammer, zumindest in der von der AfD gewünschten Form, zu erwarten.

Gleichwohl sollte nicht übersehen werden, dass die Chancen der AfD mit den Versäumnissen der demokratischen Politik in Brandenburg korrespondieren. Politik und zivile Gesellschaft bleiben aufgefordert, das Ziel einer verbesserten Repräsentation und Partizipation der Bürger*innen und aller Einwohner*innen des Landes im Rahmen seiner demokratischen Verfassung anzustreben. Die Bedeutung der kommunalen und lokalen Ebene kann dabei in einem Flächenland wie Brandenburg kaum überschätzt werden.

Gideon Botsch, Christoph Schulze

VERDICHTUNG EINES MILIEUS

Größere aber seltenere Demonstrationen: Zum extrem rechten Protestgeschehen in Brandenburg 2018



Demonstration von „Zukunft Heimat“ am 17. März 2018 in Cottbus

Im Jahr 2018 hat sich in Brandenburg das extrem rechte und flüchtlingsfeindliche Protestgeschehen der vergangenen Jahre fortgesetzt. Als dominanter Faktor erwies sich die südbrandenburgische Initiative „Zukunft Heimat“, von der in Cottbus die teilnahmestärksten Demonstrationen organisiert wurden.

Das MMZ verzeichnete im Jahresverlauf eine Gesamtzahl von 75 Aktionen, an denen sich insgesamt 16.500 Personen beteiligten.¹ 26 dieser 75 Proteste erreichten eine Mindestteilnehmerzahl von 50 Personen. Am häufigsten wurde im Landkreis Havelland demonstriert (20 Aktionen), gefolgt von Cottbus (17) und der Uckermark (6).

Nimmt man die Gesamtteilnehmerzahl (16.500) als Vergleichsmaßstab, dann hat sich das Demonstrationsgesche-

hen am rechten Rand im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt (2017: 8.000). Allerdings ist die Gesamtzahl der Proteste rückläufig: Den 75 Aktionen 2018 stehen 162 Aktionen 2017 und 210 Aktionen 2016 gegenüber. Auch die Zahl der veranstaltenden Protestakteure ist zurückgegangen. Somit lässt sich eine Verdichtung des Protestmilieus konstatieren: Es wurde seltener, aber zahlenmäßig stark protestiert. Bei den Akteuren lässt sich eine Professionalisierung beobachten, die mit einer engen Kooperation mit der AfD einhergeht. Inhaltlich war der zumeist rassistisch aufgeladene Protest gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung weiterhin das bestimmende Thema, wenngleich „die Flüchtlingsfrage“ regelmäßig mit anderen Themen – etwa der inneren Sicherheit – verknüpft wurde. Andere Felder wie die Geschichtspolitik oder Proteste gegen staatliche Repression waren ausweislich der Zahlen Randphänomene.

Offen rechtsextreme Protestveranstalter wie das „Bürgerbündnis Havelland“, die NPD oder die Kleinpartei „Der III. Weg“ waren für insgesamt 49 der 75 Proteste verantwortlich. 18 Proteste wurden von Initiativen veranstaltet, die sich als demokratische Akteure ausgaben, tatsächlich aber von rechtsextremen Positionen und Personen dominiert sind. Die AfD war für 8 Proteste verantwortlich.

¹ Nicht erfasst wurden Wahlkampf-Stände, Saalveranstaltungen, Rundgänge von „Bürgerwehren“ oder „Schutzzone“-Gruppen, Diskussionsabende oder Konzerte, nichtöffentliche Aktionen, Vorfälle im Kontext von Sportereignissen, kurzzeitige Aufstellungen zum Zeigen eines Banners, auf Sachbeschädigungen zielende symbolische Aktionen oder Aktionen, bei denen mit Parolen beschriftete Papiere durch die Luft geworfen („geschmisselt“) wurden.



Neonazistische Demonstration am 3. Dezember 2018 in Königs Wusterhausen



AfD-Demonstration am 1. Mai 2018 in Cottbus

Als mit Abstand wichtigster Protestakteur im Bundesland muss der aus dem Spreewaldort Golßen stammende Verein „Zukunft Heimat“ gewertet werden, der bereits 2017 den Schwerpunkt seiner Tätigkeiten auf die Stadt Cottbus verlegt hat. Der Verein nimmt für sich in Anspruch, als ein Sprachrohr demokratischer und bürgerlicher „Asylkritik“ zu fungieren. Tatsächlich wird in den Demonstrationsreden ein konsistent rassistisches und an rechtsextreme Topoi anschließendes Weltbild vertreten.² Der Verein kooperiert mit rechtsextremen Kampagnenorganisationen wie „Ein Prozent“, mit „Pegida“ in Dresden und ist zudem aufs Engste mit der brandenburgischen AfD verbunden. Spitzenfunktionäre der brandenburgischen AfD treten regelmäßig bei „Zukunft-Heimat“-Demonstrationen in Erscheinung. Die Demonstrationen sind auch Anziehungspunkt für Neonazis aus Cottbus und Umgebung, ein relevanter Anteil der Teilnehmenden entstammt dem sächsischen „Pegida“-Milieu. Der Vereinsvorsitzende Christoph Berndt kandidiert für die AfD auf Listenplatz 2 bei den Landtagswahlen im September 2019. Im Jahr 2018 organisierte „Zukunft Heimat“ in Brandenburg 14 Demonstrationen, an denen insgesamt 13.700 Personen teilnahmen. Von diesen 14 Demonstrationen fanden 11 in Cottbus statt. Somit geht ein sehr hoher Anteil des gesamten Demonstrationsgeschehens im Land direkt auf „Zukunft Heimat“ zurück: Die zehn größten Demonstrationen 2018 in Brandenburg fanden durchweg in Cottbus statt.

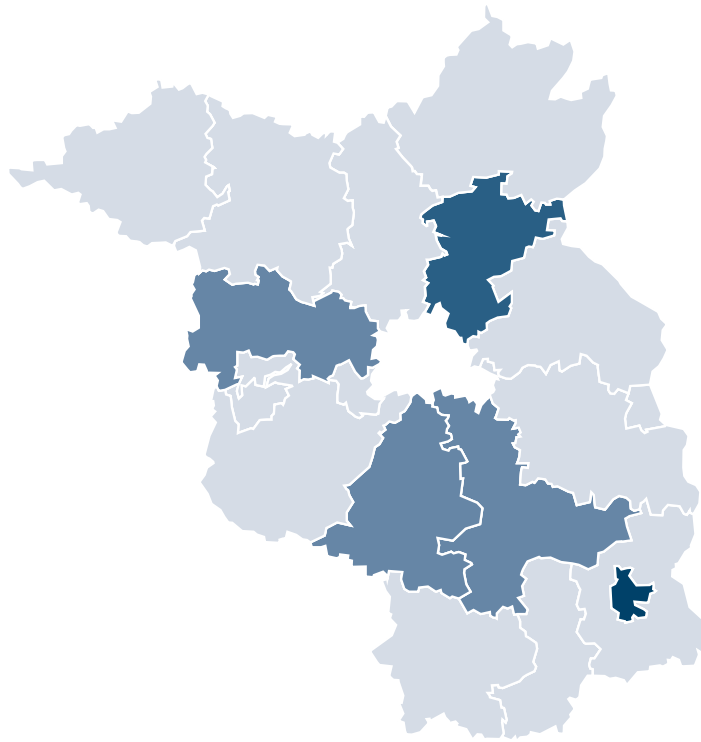
Die seit Mitte 2017 andauernde Kampagne von „Zukunft Heimat“ in Cottbus erreichte in den ersten Monaten des Jahres 2018 einen Höhepunkt mit besonders vielen und teilnahmestarken Demonstrationen. An den beiden größten Protesten beteiligten sich jeweils deutlich über 2000 Personen (3.2.: rund 2.800; 24.2.: rund 2.500). Nach mehreren Gewaltdelikten in der Stadt, an denen Flücht-

linge beteiligt waren, erweckte „Zukunft Heimat“ – der kriminalstatistischen Faktenlage zum Trotz – den Eindruck, dass die Stadt Cottbus durch dort lebende Flüchtlinge zu einem zunehmend unsicheren Ort geworden sei. Auf dieser Grundlage glückte die verstärkte Mobilisierung am Jahresanfang. Die Initiative führt ihre Kampagne auch weiterhin fort und bemüht sich – etwa durch die Eröffnung eines Treffpunkts in der Innenstadt im Verbund mit der AfD – um eine Verstärkung der eigenen Aktivitäten. Im Jahresverlauf war „Zukunft Heimat“ auch an Mobilisierungen außerhalb Brandenburgs, beispielsweise in Chemnitz (Sachsen) und Köthen (Sachsen-Anhalt), beteiligt. Ein Export der Cottbuser Proteste in andere brandenburgische Städte gelang nicht. Entsprechende Versuche blieben im Anfangsstadium stecken, so etwa in Jüterbog. Nach einer vorgeblichen Vergewaltigung eines Mädchens durch einen Flüchtling in Königs Wusterhausen richtete „Zukunft Heimat“ dort Anfang November eine Kundgebung aus, zeitlich versetzt demonstrierenden Neonazis aus der Kameradschaftsszene. Die Neonazi-Veranstaltung war mit 300 Personen deutlich besser besucht als die „Zukunft-Heimat“-Kundgebung, an der sich nur rund 70 Personen beteiligten.

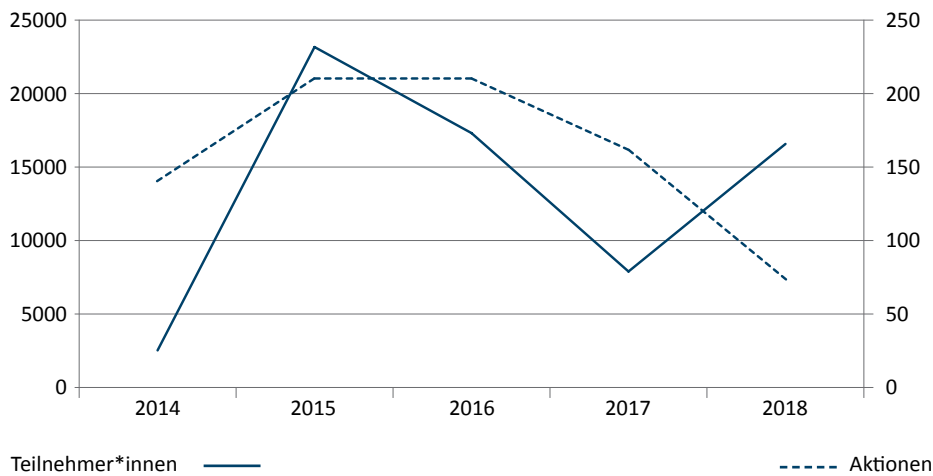
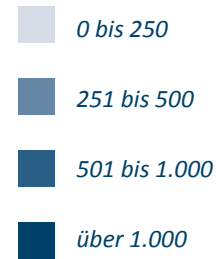
Für die AfD fungiert „Zukunft Heimat“ inzwischen als eine Vorfeldorganisation für Straßenproteste. Die AfD bewirbt diesen Umstand als „Brandenburger Kooperationsmodell“. Als Ausrichter von Protesten trat die Partei dementsprechend seltener in Erscheinung. Ihre größte Veranstaltung fand am 1. Mai 2018 in Cottbus unter dem Motto „Sozial ohne rot zu werden“ statt. Hieran nahmen rund 450 Personen teil.

Über den gesamten Jahresverlauf demonstrierte in regelmäßigen Abständen das rechtsextreme „Bürgerbündnis Havelland“ in Rathenow. In den Jahren 2015 und 2016 hatte dieses Protestformat noch hunderte Personen mobilisiert. 2018 hingegen lag die Teilnahmezahl selten über 20 Personen. Im Januar 2019 kündigte das „Bürgerbündnis Havelland“ an, ihre Kundgebungen einzustellen.

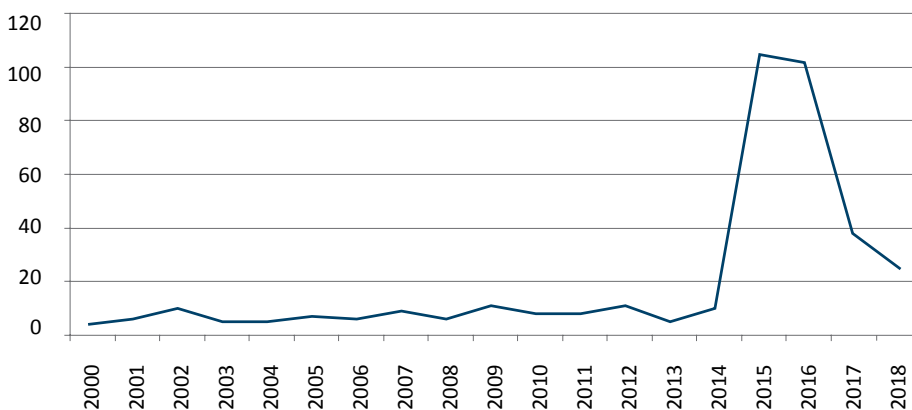
² Vgl.: Die Sprache der „Asylkritik“, Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle; Potsdam, Juni 2018, Ausgabe 4.



Teilnehmer*innen bei extrem rechten und flüchtlingsfeindlichen Straßenaktionen 2018 nach Landkreisen.



Gesamtzahlen der Aktionen und Teilnehmezahlen 2014 bis 2018 in Brandenburg



Extrem rechte und flüchtlingsfeindliche Straßenaktionen mit mehr als 50 Teilnehmer*innen in Brandenburg zwischen 2000 und 2018

MOBILISIERUNGSMINSTRUMENT FACEBOOK

Social Media von rechts: Ein quantitativer Überblick zu den Potenzialen im Land Brandenburg

Die neue rechte Bewegung nutzt – bundesweit wie auch in Brandenburg – für ihre politische Kommunikation und Mobilisierung nicht nur die klassischen Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit wie Rundbriefe, Pressemitteilungen oder symbolische Aktionen. Sie wird darüber hinaus zunehmend publizistisch tätig, wobei in den vergangenen Jahren das bundesweite Angebot der rechtsextremen Publizistik gewachsen ist. Die bereits etablierten Zeitschriften und Verlage sind um neue Angebote ergänzt worden, die von Zeitschriften über Webmagazine bis zu Online-Videoportalen reichen. Die „Alternativmedien“ – so der Jargon – sollen eine Gegenöffentlichkeit zum etablierten Medienangebot herstellen und dienen der Milieubildung und -stabilisierung, sowie insbesondere der Mobilisierung und Ideologisierung nach Innen; seltener der Werbung nach Außen.

Weiterhin bleiben Social-Media-Seiten im Internet die wichtigsten Kanäle für die politische Werbung von Rechts außen. Hierbei ist Facebook das dominante Social-Media-Angebot. Um zu einer Einschätzung der Reichweite dieser Online-Angebote zu gelangen, führt das MMZ ein quantitatives Monitoring der einschlägigen Facebook-Seiten im Land Brandenburg durch. Inbegriffen sind dabei die Facebook-Aktivitäten der AfD. Der Fokus des Monitorings liegt auf unmittelbar politisch wirkenden Organisationen. Ausgenommen sind deshalb vopolitische oder kulturelle Angebote der brandenburgischen extremen Rechten, wie etwa von Rechtsrock-Bands und Szene-Kleidungsmarken.

FLÜCHTLINGSFEINDLICHE KAMPAGNEN-SEITEN AUF FACEBOOK

Insbesondere die Proteste gegen die Flüchtlingspolitik seit dem Jahr 2014 stützen sich hauptsächlich auf Facebook-Seiten. Im Längsschnitt lassen sich die Entwicklungsphasen der Mobilisierung auf der Straße auch in den Social-Media-Aktivitäten abbilden: Nach einer starken Wachstumsphase in den Jahren 2015 und 2016, hat sich das Spektrum etwas verkleinert, und gleichzeitig inhaltlich radikalisiert. Die Facebook-Aktivitäten wurden dennoch – insbesondere auch in Zusammenhang mit der rassistischen Kampagne von „Zukunft Heimat“ in Cottbus – in den Jahren 2017 und 2018 verstetigt und fortgeführt.

	2014	2015	2016	2017	2018
Seiten	28	72	99	97	83
davon am Jahresende aktiv	25	65	52	41	32
Likes insgesamt	36.000	78.000	84.300	88.000	89.500

Facebook-Präsenzen von flüchtlingsfeindlichen Kampagnen aus Brandenburg im Zeitverlauf

Am Jahresende 2018 waren 32 Facebook-Auftritte flüchtlingsfeindlicher Kampagnen mit Brandenburg-Bezug aktiv (als „aktiv“ wurden alle registrierten Seiten gewertet, deren letztes Posting nicht älter als 30 Tage war). Insgesamt wurden vom MMZ 83 solcher Seiten registriert, die in der Summe 89.500 Likes – also virtuelle Sympathiebekundungen – auf sich vereinten. Die größte Reichweite haben hierbei „Zukunft Heimat“ mit 15.400 Likes und die Seite „Nein zum Heim in Guben“ mit 10.600 Likes.

Immer wieder kommt es vor, dass solche Seiten von Facebook wegen Verstoßes gegen die Nutzungsbedingungen gelöscht werden. So wurde etwa im Mai 2018 die über 10.000 Likes zählende Präsenz der „Identitären Bewegung Berlin-Brandenburg“ abgestellt. Diese Löschungen wurden bislang durch Neugründungen von Seiten aufgewogen und so in den vergangenen drei Jahren die Gesamtreichweite bei einem Wert von über 80.000 Likes gehalten.

AfD Spree-Neiße
3. Februar 2018 · 🌐

Am Samstagnachmittag folgten nach Angaben des Veranstalters „Zukunft Heimat“ zwischen 3.000 – 4.000 Menschen, nach Angaben der Lausitzer Rundschau rund 2.000 Menschen und nach Angaben des RBB mindestens 3.000 Menschen, dem Aufruf zur Demonstration auf dem Oberkirchplatz in Cottbus.

Friedlich demonstrierten viele Rentner, junge Frauen und Männer, gegen die „grenzenlose“ Asyl- und Migrationspolitik von Angela Merkel und ihrer Bundesregierung.

Die Redner forderten u. a., die deutschen Grenzen gegen illegale Überbritter zu sichern, die Rechtsordnung wiederherzustellen, die innere Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten und das Volk endlich wieder wahrzunehmen.

Von den Rednern und Versammlungsteilnehmern scharf kritisiert wurden auch die Pressevertreter für ihre tendenziösen Berichterstattungen über die Versammlung und die Konflikte in Cottbus.

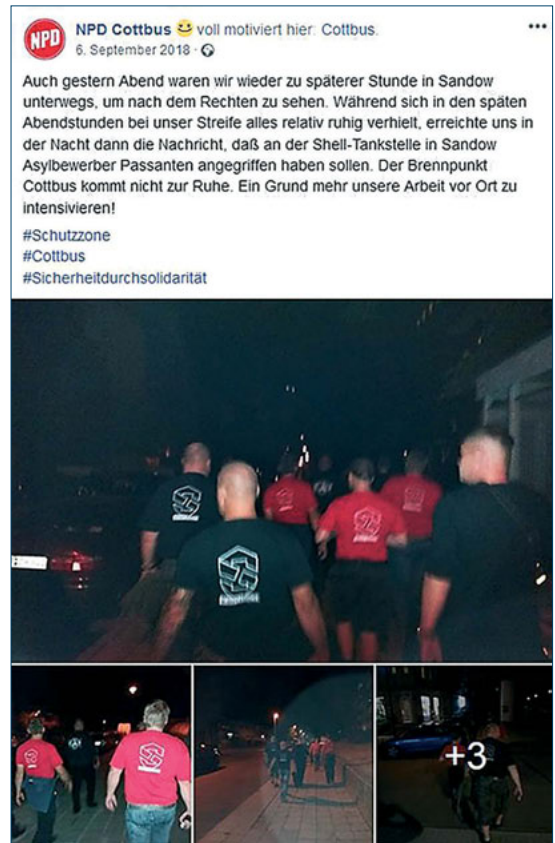
Tausende bei Demo in Cottbus!

Kreisverband Spree-Neiße www.afd-spn.de **Alternative für Deutschland**

Facebook-Posting der AfD Spree-Neiße



Facebook-Postings von „Zukunft Heimat“ und der NPD Cottbus.



FACEBOOK-AUTRITTE DER AfD

Der seit 2014 im Brandenburger Landtag vertretenen AfD gelang es im Herbst 2015, mit ihren Facebook-Auftritten an die Reichweite asylfeindlicher Kampagnen-Seiten anzuschließen. Mittlerweile hat die Partei neben den Seiten des Landesverbands und der Landtagsfraktion flächendeckende Facebook-Präsenzen für alle Landkreise und kreisfreien Städte, sowie auch für etliche Ortsverbände. Das MMZ registrierte 37 AfD-Facebookseiten mit Brandenburgbezug (von denen alle bis auf eine Lokalgliederung des Jugendverbandes aktiv waren). Insgesamt vereinen diese Seiten 102.400 Likes auf sich. Die größte dieser Seiten ist das Angebot des Landesverbandes, der insgesamt 20.600 Likes hat. Vergleich man diese Zahl mit den Landesverbandsseiten der anderen im Landtag vertretenen Parteien zeigt sich die Bedeutung, die der Facebook-Auftritt für die AfD hat.

Partei-Facebookpräsenz	Likes
AfD	20.600
CDU	3.900
Bündnis 90 / Die Grünen	2.000
Linke	6.000
SPD	10.100

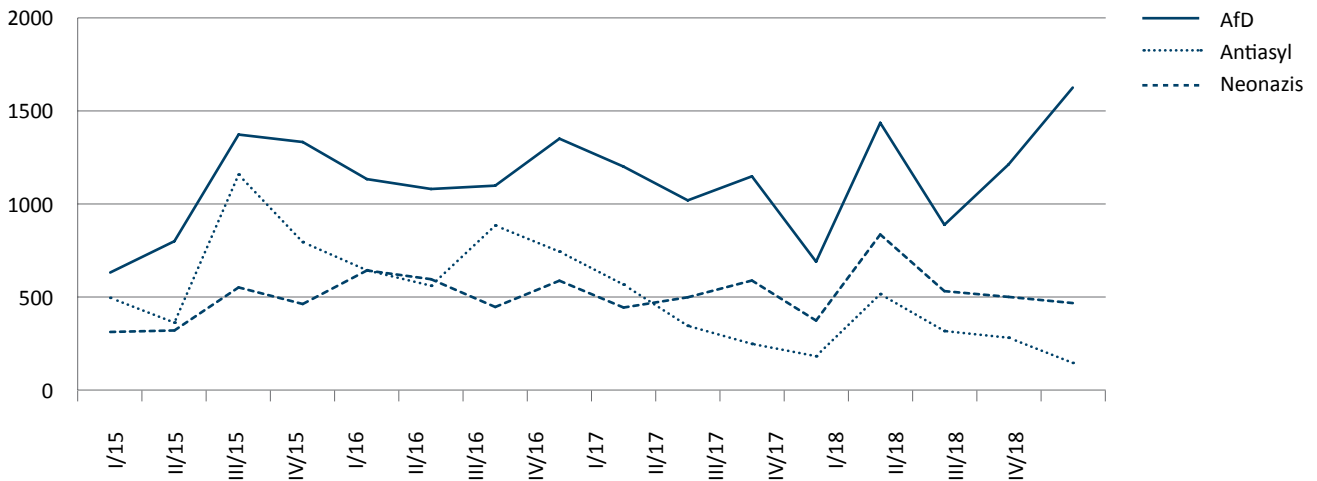
Like-Zahlen der Haupt-Facebookseiten der im brandenburgischen Landtag vertretenen Parteien (Messung: 31.12.2018).

NEONAZIS AUF FACEBOOK

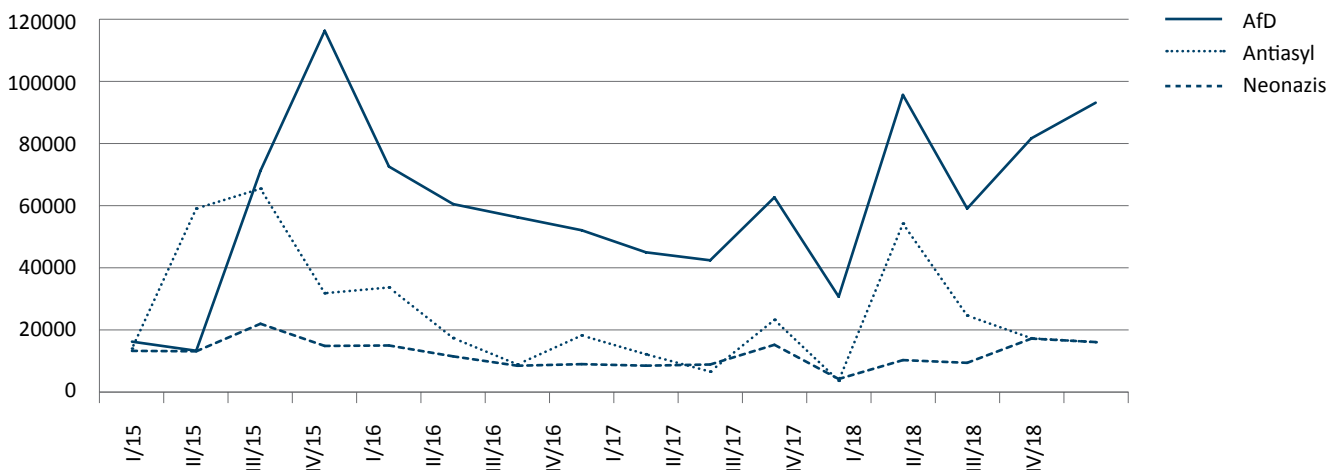
Der Neonazismus in Brandenburg nutzt Facebook nur eingeschränkt als Mobilisierungsmedium für die eigenen Organisationen. Nur wenige der im Land existierenden „Freien Kameradschaften“ („Freie Kräfte“, „Bruderschaften“ und ähnliches) unterhalten eigene Präsenzen. Formationen wie die Kleinpartei „Der III. Weg“ verzichten bisher gänzlich auf Facebook-Präsenzen für ihre Brandenburger Regionalgliederungen. Allerdings werden etliche der oben angeführten asylfeindlichen Facebookpräsenzen von Personen betrieben, die dem Neonazimilieu angehören. Am stärksten nutzt die neonazistische NPD Facebook, um Parteiwerbung zu betreiben. Insgesamt registrierte das MMZ 21 neonazistische Facebook-Präsenzen, von denen am Jahresende 2018 alle aktiv waren. Die Seiten vereinen 26.900 Likes auf sich. Die reichweitenstärkste Seite ist dabei die des Landesverbandes der NPD, der auf 9.900 Likes kommt (die in dieser Zahl somit in der Größenordnung der SPD-Likes liegt).

KONJUNKTUREN DER NUTZUNG

Mittels einer technischen Schnittstelle, die von Facebook zur Verfügung gestellt wird, ist es möglich, die Aktivitäten und die Resonanz einzelner Präsenzen auszulesen und zeitlich einzuordnen. Die Aktivitäten (Frequenz der „Postings“) der zehn reichweitenstärksten Seiten asylfeindlicher Kampagnen lassen sich zusammenfassen und den zehn jeweils



Postings auf den zehn reichweitestärksten Facebookseiten brandenburgischer AfD-Gliederungen, Neonazi-Gruppen und asylfeindlicher Kampagnen im Zeitverlauf



Publikumsreaktionen („Shares“ und „Likes“) bei den zehn reichweitestärksten Facebookseiten brandenburgischer AfD-Gliederungen, Neonazi-Gruppen und asylfeindlicher Kampagnen im Zeitverlauf

reichweitenstärksten brandenburgischen AfD- und Neonaziseiten gegenüberstellen. Die Resonanz des Publikums hierauf lässt sich an der Anzahl von Reaktionen auf die Beiträge in Form von Kommentaren und durch das Weiterverbreiten („Shares“) messen und ebenfalls zeitlich gruppieren.

An diesem Längsschnitt lassen sich verschiedene Ereignisse nachvollziehen. So ist ihm die Hochphase der asylfeindlichen Mobilisierung ab dem Herbst 2015 zu entnehmen – verbunden mit einem Publikumszuwachs der AfD. Vor der Bundestagswahl im September 2017 nutzte die AfD Facebook verstärkt für den Wahlkampf. Ihre Aktivitäten verminderten sich erwartungsgemäß nach dem Wahltermin. Die massive und medienwirksame Kampagne von „Zukunft Heimat“ schlug sich am Jahresanfang 2018 in einer verstärkten Nutzung der Facebook-Seiten aller drei Spektren nieder – spürbar verbunden mit vermehrten Publikumsreaktionen auf den Seiten asylfeindlicher Kampagnen und auf den Seiten der AfD. Seitdem hat die AfD – nach einem kurzen Abflauen zur Jahresmitte 2018 – ihre Aktivitäten ausgeweitet.

Insgesamt wurden auf diesen Seiten in vier Jahren 34.500 Postings veröffentlicht – 23 jeden Tag. Das Publikum beantwortete diese Postings mit 1,57 Millionen Reaktionen in Form von Kommentaren und Shares. Im Durchschnitt zog jedes Posting 45 Reaktionen nach sich.

Im Jahr 2018 erlangten die Beiträge mit Bezug auf die asylfeindliche Mobilisierung in Cottbus die größte Aufmerksamkeit. So wurde ein Video-Demonstrationsbericht von „Zukunft Heimat“ mit 8.650 Shares und 430 Kommentaren beantwortet. Auch auf den AfD-Seiten rangierte eine Grafik mit Bezug zu einer „Zukunft-Heimat“-Demonstration in Cottbus mit 820 Shares und 70 Kommentaren innerhalb der reichweitenstärksten Beiträge der Partei. Im Neonazispektrum war ein Posting der NPD Cottbus am erfolgreichsten, in dem auf eine Bürgerwehr-PR-Aktion der Neonazipartei in der Stadt hingewiesen wurde – dieser Beitrag wurde 120 Mal geteilt und hatte 60 Kommentare.

Christoph Schulze